



90. Sitzung

Donnerstag, 27. September 2007

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden und Vizepräsidentin Bettina Bliebenich

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	4767 A	Kenntnisnahme	4781 C
Fortsetzung der Tagesordnung	4767 A		
Aktuelle Stunde	4767 A	Antrag der Fraktion der SPD: Qualität der Pflege sichern – Landesheimgesetz in Hamburg auf den Weg bringen – Drs. 18/6972 –	4781 C
Fraktion der SPD: CDU wird nervös: Erst Missachten, dann Verhindern und nun Bekämpfen von Volksentscheiden!		dazu	
Dr. Andreas Dressel SPD	4767 A	Antrag der Fraktion der GAL:	
Kai Voet van Vormizeele CDU	4767 A	Mit dem neuen Heimgesetz die Pflegequalität verbessern und neue Betreuungsformen sowie Transparenz schaffen!	4781 D, 4785 C
Farid Müller GAL	4769 A	– Drs. 18/7053 –	4781 D
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	4769 D		
Ingo Egloff SPD	4771 C	Petra Brinkmann SPD	4781 D, 4785 C
Dr. Manfred Jäger CDU	4772 C	Egbert von Frankenberg CDU	4782 D, 4785 C
Christian Maaß GAL	4773 C	Martina Gregersen GAL	4783 D, 4785 D
Bernd Reinert CDU	4774 C	Dirk Kienscherf SPD	4784 D
Michael Neumann SPD	4775 B	Beschlüsse	4786 A
Dr. Till Steffen GAL	4776 B		
Senatsmitteilung: UmweltPartnerschaft Hamburg Erweiterung und Fortschreibung		Antrag der Fraktion der GAL: Zollfreizone verkleinern!	
– Drs. 18/6801 –	4776 C	– Drs. 18/6975 (Neufassung) –	4786 B
Niels Böttcher CDU	4776 C, 4781 A	Jens Kerstan GAL	4786 B
Dr. Monika Schaal SPD	4777 B, 4780 D	Olaf Ohlsen CDU	4787 B
Christian Maaß GAL	4778 C, 4781 B	Gesine Dräger SPD	4787 C
Gunnar Uldall, Senator	4780 A	Beschluss	4788 A

Antrag der Fraktion der CDU:		Beschluss	4794 B
Digitale Spartenkanäle in Hamburg weiter vorantreiben		Besprechung beschlossen	4794 B
– Drs. 18/6963 –	4788 A		
Roland Heintze CDU	4788 A	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Uwe Grund SPD	4789 B	Von der Stadt genutzter Büror Raum	
Farid Müller GAL	4789 D	– Fläche, Eigentum, Mietzahlungen, Leerstände und Umzugspläne	
Gesine Dräger SPD	4790 C	– Drs. 18/6726 –	4794 B
Beschluss	4790 C	Beschluss	4794 C
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		Kenntnisnahme ohne Besprechung	4794 C
Schülerinnen und Schüler mit Behinderung integrieren statt ausgrenzen		Bericht des Haushaltausschusses:	
– Drs. 18/6974 (Neufassung) –	4790 D	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes	
Beschluss	4790 D	– Drs. 18/6883 –	4794 C
Antrag der Fraktion der CDU:		Beschlüsse	4794 C
Gesamtkonzept für "Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945 in Hamburg" und Sachstandsbericht über die Aktivitäten zur Gestaltung des Lohseplatzes		Bericht des Haushaltausschusses:	
– Drs. 18/6962 –	4790 D	Haushaltsplan 2007/2008	
Inge Ehlers CDU	4791 A	Verbesserung der Erhaltungssituation der Hamburger Hauptkirchen	
Wilfried Buss SPD	4792 A	Nachforderung von Haushaltssmitteln im Einzelplan 3.3	
Dr. Willfried Maier GAL	4792 D, 4793 D	– Drs. 18/6884 –	4794 D
Dr. Karin von Welck, Senatorin	4793 C	Beschlüsse	4794 D
Beschluss	4793 D	Bericht des Haushaltausschusses:	
Bericht des Eingabenausschusses:		Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010"	
Eingaben		Sport auf dem Eis und Ballspiele: die Trainingsarena der "Alexander Otto Sportstiftung"	
– Drs. 18/6935 –	4793 D	– Drs. 18/7042 –	4795 A
Bericht des Eingabenausschusses:		Beschlüsse	4795 B
Eingaben		Antrag der Fraktion der CDU:	
– Drs. 18/6936 –	4793 D	Verwendung der Restmittel aus der Tronc-Abgabe des Jahres 2006	
Bericht des Eingabenausschusses:		– Drs. 18/6964 –	4795 C
Eingaben		Beschlüsse	4795 C
– Drs. 18/6937 –	4794 A		
Beschlüsse	4794 A		
Sammelübersicht	4794 B		
Beschlüsse	4794 B		
Große Anfrage der Fraktion der SPD:			
Steigt die Gewaltbereitschaft gegen öffentlich Bedienstete in Hamburg? (II)			
– Die Entwicklung ab 2005			
– Drs. 18/6679 –	4794 B		

A

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Nehmen Sie bitte die Plätze ein. Die Sitzung ist eröffnet.

Wir setzen zunächst die

Aktuelle Stunde

von gestern fort. Ich rufe daher das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte. Angemeldet wurde es von der SPD-Fraktion. Es lautet:

CDU wird nervös: Erst Missachten, dann Verhindern und nun Bekämpfen von Volksentscheiden!

Das Wort wird gewünscht? – Der Abgeordnete Dr. Dresel hat es.

Dr. Andreas Dresel SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Abseits mancher Koalitionsspekulationen in diesen Tagen haben der Erste Bürgermeister und – gerade jüngst – der neu gewählte CDU-Landesvorsitzende eine neue Wortkreation präsentiert: Sie wollen eine Fortführung der Koalition mit den Bürgern dieser Stadt. Das hört sich gut an, aber allen aufrechten Demokraten wird das Wort von der Bürgerkoalition im Halse stecken bleiben und auch Ihnen wird es stecken bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

B

Denn man fragt sich – das sollten Sie sich gelegentlich auch fragen –, mit welchen Bürgern koalieren Sie eigentlich?

(Zuruf von der CDU: Mit allen!)

Mit den 75 Prozent, die gegen den LBK-Verkauf 2004 votiert haben? Mit den Bürgern, die 2004 Hamburg ein neues Wahlrecht gegeben haben? Mit den 100.000 Menschen, die in den vergangenen Monaten mehr als deutlich für mehr Demokratie votiert haben? Nein, seit letztem Donnerstag weiß ganz Hamburg, wer ihre wahren Koalitionspartner sind.

Freiherr von Beust koaliert mit kleinen, elitären Kreisen, mit dem Geld und mit dem Hochadel in dieser Stadt. Sie alle eint die Erkenntnis, wie man mit einem üblichen Gebräu aus Halbwahrheiten, Peinlichkeiten und Demagogie öffentliche Meinungsbildung manipulieren kann. Genau das erleben wir täglich in neuen Fassetten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Da haben wir den Handelskammerpräses Dreyer als Vertreter der einflussreichsten Lobbygruppe. Wir haben den Kaffeekönig Darboven, den Partner aus dem Café Ole, wir haben als Vertreter vergangener Epochen den ehemaligen Kohl-Intimus Fritzenkötter. Dann haben wir den besonders "unabhängigen" Ex-Senatssprecher Mohaupt und als offenbar ganz neue Expertin in Sachen Volk und Demokratie die Prinzessin zu Schleswig-Holstein.

(Wilfried Buss SPD: Ah!)

Diese Prinzessin lässt sich dann mit dem Satz zitieren: Politiker könnten besser als wir Bürger über komplexe Sachfragen entscheiden.

Das ist angesichts Ihrer Politik eine mehr als zweifelhafte Feststellung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gerade der Ihnen politisch, finanziell und sozial auf die Füße fallende Verkauf der Hamburger Krankenhäuser gegen das Volksvotum war und ist ein Beweis dafür, dass die Bürger es besser wissen als Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Nein, die angebliche Koalition ist eine durchsichtige CDU-Wählerinitiative und sie ist ein Beleg dafür, wie groß die Distanz zwischen Ihnen und den Hamburgerinnen und Hamburgern mittlerweile ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben in den vergangenen Jahren – man muss es so direkt sagen – in der direkten Demokratie dieser Stadt eine Schneise der Verwüstung hinterlassen. Erst haben Sie 2004 zwei Volksentscheide kassiert, dann haben Sie aus Gründen der Effizienzsteigerung auch bei der Volksgesetzgebung selbst Hand angelegt mit der Folge zum Beispiel, dass der Volksentscheid jetzt von einer Privatfirma ausgezählt wird, die einige Pannen zu verantworten hat. Nun bekämpfen Sie die direkte Demokratie in unserer Stadt unter dem wirklich dummdreisten Motto "Rettet die Verfassung". Sie wollen das Volk vor sich selbst schützen und nehmen es einmal wieder mit der Wahrheit nicht genau.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

CDU-Senat und -Fraktion verschweigen, dass es auch weiterhin doppelte Quoren beim Volksentscheid geben soll, es weiterhin Minderheitsentscheidungen nicht geben kann. By the way, mit welchem Quorum wurden Sie eigentlich hier ins Rathaus gewählt? Sie haben 2001 weniger als 20 Prozent und 2004 knapp über 30 Prozent hinter sich gebracht. So viel zum Thema Minderheiten-demokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie verschweigen, dass es bisher immer Sie waren, die nicht über eine stärkere Verbindlichkeit von Volksentscheiden reden wollten, und Sie verschweigen, dass Sie die Möglichkeit hatten – wenn Sie wirklich meinen, dass das, was da vorgelegt worden ist, verfassungswidrig ist –, das Verfahren zu stoppen und zum Verfassungsgericht zu gehen. Das haben Sie nicht getan und deshalb ist das eine hergesuchte Argumentation.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihr Umgang mit dem Volksentscheid zeigt, die direkte Demokratie ist für Sie Teufelszeug. Ihre angebliche Bürgerkoalition ist nur für diejenigen gedacht, die mit Ihnen auf irgendwelchen Glamourevents in dieser Stadt am Champagnerglas nippen. Die Bürger aus Initiativen, aus Gewerkschaften, aus Vereinen und Verbänden, die täglich für ein menschliches Hamburg arbeiten, haben in Ihrem Demokratieverständnis keinen Platz.

(Beifall bei der SPD und bei Farid Müller GAL – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

A **Dr. Andreas Dressel** (fortfahrend): – Nein.

Deshalb ist dieser Volksentscheid eine erste vorgezogene Abrechnung mit dem Demokratieverständnis, das Sie haben, mit Ihrer Spaltung der Stadt, bei der Teilhabe am Haben und Sagen. Der Freiherr mit den monarchischen Anwendungen wird seine Quittung bekommen – so oder so –, entweder schon am 14. Oktober oder erst am 24. Februar. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Kollegen.

(*Doris Mandel SPD:* Es sind auch noch Kolleginnen da!)

Die Überschrift der Aktuellen Stunde lautet:

"Die CDU wird nervös ..."

Verehrte Kollegen, was Herr Dressel gerade gezeigt hat, war der beste Fall von politischer Hyperaktivität. So nervös kann die SPD gar nicht mehr sein, wie Sie es gerade dargestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich kann ja verstehen, verehrte Kollegen von SPD und GAL, dass Sie nervös sind,

(*Petra Brinkmann SPD:* Und Kolleginnen!)

denn das, was zurzeit in Hamburg stattfindet, eine breite Diskussion, ein demokratischer Streit, haben Sie nicht erwartet, das wollten Sie auch gar nicht. Sie hatten gehofft, der Volksentscheid würde mit Ihren schönen, platten Parolen mal so eben durchlaufen, und Sie bekommen das, was Herr Dressel eben so schön formuliert hat, Vorwahlkampf pur. Nur das, liebe Kollegen, werden die Hamburger Ihnen nicht abnehmen. Die Hamburger merken nämlich langsam, dass Sie sie in all den Wochen veralbert haben.

(Beifall bei der CDU – *Elke Thomas CDU:* Genau!)

Sie merken auf einmal, dass die Hamburger nicht nur über die Frage von Verbindlichkeit reden. Das ist einer von vier Punkten. Die Hamburger reden darüber, ob sie es zulassen wollen, dass künftig 35 Prozent – ein Drittel der Wahlberechtigten – unsere Verfassung ändern kann, und das gefällt Ihnen nicht.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Das ist doch nur die halbe Wahrheit!)

Die Hamburger reden darüber, lieber Herr Kollege Dressel, ob es künftig möglich sein kann, dass 17,5 Prozent der Hamburger ein einfaches Gesetz mal so eben, by the way, ändern kann, einfache Gesetze, die manchmal in der Stadt sehr wichtig sein können.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Zitieren Sie vollständig!)

– Herr Dressel, ich verstehe, dass Sie nervös sind. Sie dürfen nachher noch einmal reden, warten Sie ab. Sie haben Grund zur Nervosität.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Die Hamburger folgen Ihnen nicht mehr, die Hamburger diskutieren jetzt. Sie waren diejenigen, die auf Biegen und Brechen verhindern wollten, dass die Hamburger an einem Extratermin über diesen Volksentscheid wirklich einmal breit diskutieren konnten. Sie wollten es gern im Windschatten der Wahl durchziehen, die Themen nicht herauskommen lassen. Sie wollten gern Plakate machen mit dem schönen Satz "Wat mutt, dat mutt", eine inhalts schwere Argumentation. Das nehmen Ihnen die Hamburger nicht ab. Die Hamburger wollen jetzt streiten und sie streiten mit Ihnen.

(Zurufe von der SPD)

– Gehen Sie doch einmal hinaus, reden Sie mit den Hamburger. Da reichen nicht ein paar Plakate, die SPD und GAL finanzieren.

Für Sie ist das Wahlkampf. Nicht umsonst, liebe Kollegen von SPD und GAL, haben Sie gemeinsam mit den Gewerkschaften in die laufende Kampagne 85.000 Euro hineingesteckt. Das ist eine Art von Wahlkampffinanzierung, nichts anderes. Das dürfen Sie auch, nur sagen Sie es bitte den Menschen draußen.

Sie sind diejenigen, die versuchen, den Menschen klarzumachen, dass Sie mit diesem Volksentscheid Blankoschecks für den Haushalt verteilen würden. Auch das wollen die Bürger draußen nicht und sie haben das längst begriffen. Sie merken, die Bürger laufen Ihnen weg, die Bürger sind nicht mehr bereit, Ihren Argumenten zu folgen.

Ein Wort zu den Promis, die sich geäußert haben, was ich eben so schön vernommen habe. Verehrter Kollege Herr Dressel, wenn man selbst eine Broschüre herausbringt, in der der berühmte "Politologe" und "Sachverständige" Sky du Mont – besser bekannt in seiner Rolle als Santa Maria im Film von Michael "Bully" Herbig –, wenn ein solch gewichtiger Argumentationshelfer sagt, liebe Hamburger, ich bin dagegen, dann sind wir alle tief beeindruckt. Sie sollten sich überlegen, wen Sie hier als Kronzeuge anführen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch ein letztes Wort sagen, denn immer wieder betonen Sie, Sie hätten das alles machen müssen, weil die CDU ständig Volksentscheide einkassiert. Sie tun so, als wenn es für Sie nie ein Thema wäre.

Erinnern Sie sich an den 17. September 1999? Viele Mitglieder der Initiative "Mehr Demokratie" empfinden ihn als schwarzen Tag. Warum? An dem Tag hat die rotgrüne Regierung in Kiel – Ihre Kollegen – den Volksentscheid zur Rechtschreibreform einkassiert. Wie ich finde, geschah das durchaus zu Recht. In Kiel hat man damals gesagt, es kann nicht sein, dass ein Land sozusagen eine Insel ist, und wir Sozialdemokraten und Grüne müssen hier eingreifen. Richtig, liebe Kollegen. Diese Verantwortung, die man in Kiel gehabt hat, haben Sie hier wahrlich nicht. Es gibt Lagen, in denen man Verantwortung haben und sie zeigen muss. Sie können das nicht, die Hamburger werden das zu würdigen wissen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Sodann bekommt das Wort der Abgeordnete Müller.

A **Farid Müller GAL:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte meiner Rede ein Zitat aus der Verfassung voranstellen:

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und in Abstimmungen und durch besondere Organe [...] ausgeübt."

(Dr. A. W. Heinrich Langhein CDU: In Wahlen!)

Der Volksentscheid "Hamburg stärkt den Volksentscheid" ist die große Chance, diese Vorschrift der Verfassung in Hamburg endlich mit Leben zu füllen. Das passt Ihnen nicht, meine verehrten Kollegen von der CDU. Ihre Kampagne trägt den Slogan "Rettet die Verfassung". Dahinter steckt Ihre Angst vor einer Verfassung, in der Volksge-setzgeber und Bürgerschaft gleichberechtigt sind. Nur, meine Damen und Herren, die Verfassung sieht das bereits vor. Sie warnen vor etwas, das längst Realität ist, eine Realität, die Sie mitbeschlossen haben. Ihnen ist das Volk ein Dorn im Auge. Anders ist nicht zu erklären, dass Sie zwei Volksentscheide in einer Legislatur fortgesetzt missachtet haben. Sicher, die Volksgesetzgebung macht das Regieren schwerer. Die Parteien geben Macht ab, die Politiker geben Macht ab, auch wir Abgeordnete geben Macht ab. Das war so vorgesehen, das war der Zweck bei der Einführung der direkten Demokratie. Des-wegen kann ich nur sagen: Gut so.

Wenn wir alle etwas Macht verlieren, damit das Volk mehr zu sagen hat, sind wir in Hamburg am Ende alle Gewinner. Sie aber tun so, als stünde in Hamburg die Verfassung auf dem Spiel und als würde Hamburg unregierbar. Das ist unsachlich, das ist unredlich und das ist falsch. Das wissen Sie auch.

B Ich wende mich ausdrücklich an die Zuschauerinnen und Zuschauer auf den oberen Tribünen, in Vertretung für die 1,2 Millionen Wahlberechtigten in dieser Stadt. Ich habe einen wichtigen Appell an Sie: Lassen Sie sich nicht beirren. Lassen Sie sich von der CDU nicht weismachen, es ginge bei dem Volksentscheid um Quoren, um Zahlen, um eine Gefährdung der Verfassung. Das ist alles Unsinn. Es geht einzig um die Frage, ob Volksentscheide in dieser Stadt noch etwas wert sind oder nicht. Darüber ist zu entscheiden und über nichts anderes.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dass das nicht funktioniert, was Sie hier vorhaben, zeigt die rege Beteiligung. Wir haben jetzt lesen können, dass bereits über 130.000 Menschen an der Abstimmung teil-genommen haben. Darüber freuen wir uns und beglück-wünschen die Initiatoren.

Ich möchte aber auch noch ein paar Worte über die bei-spiellose Pannenserie bei der Abstimmung verlieren.

Der Landesabstimmungsleiter hatte vergessen, den Gesetzentwurf beizufügen. Deswegen wissen viele Ham-burger gar nicht, worüber sie abstimmen.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das Gesetz, das Sie gemacht haben!)

Einige gehen ins Internet, viele wissen aber nicht, woher sie den Gesetzentwurf bekommen sollen. Das war bisher so nicht der Fall, bei allen Briefwahlen war der Gesetz-entwurf immer beigelegt. Nur durch Ihr Gesetz ist es dieses Mal anders. Es war auch nur dadurch möglich, weil Sie diesen Volksentscheid von der Wahl abgetrennt haben.

C Selbst der Bürgermeister rät den Hamburgerinnen und Hamburgern, den Text des Gesetzes genau durchzule-sen. Wie sollen sie es aber machen, wenn Sie nicht in der Lage sind, eine vernünftige Abstimmung in dieser Stadt zu organisieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Heute Mittag kommt eine Presseerklärung heraus, in der steht, die Hamburgerinnen und Hamburger könnten sich beim Bezirkswahlleiter informieren oder auch anrufen und sich das Gesetz zuschicken lassen.

Das ist nicht genug. Wir Grüne fordern, den Gesetzen-twurf allen Hamburger Haushalten zuzusenden, damit alle Menschen genau erfahren, um was es in dieser Stadt geht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Kai Voet van Vormizeele CDU: Machen Sie doch mal ein Gesetz, in dem das vorgesehen ist!)

Sie wollten doch die Auseinandersetzung, jetzt haben wir sie.

Es geht auch nicht an, dass bis zum heutigen Tage Tau-sendre von Wahlberechtigten noch gar keine Abstim-mungsunterlagen erhalten haben. Überall – bei Ihnen und bei uns – laufen die Telefone heiß. Wir sagen, sie sollen sich an den Landesabstimmungswahlleiter und an die Bezirksabstimmungsstellen wenden. Aber das reicht nicht. Die Leute wissen zum Teil gar nicht, wohin sie sich wenden sollen, und wir sind froh, wenn überhaupt noch Bürger anrufen.

D Meine Damen und Herren, das ist falsch und man kann das so nicht machen. Die Menschen haben jetzt schon Angst und Sorge, aus welchen Gründen diese ganzen Pannen passieren. Ein Beispiel ist die Auszählung bei einem privaten Dienstanbieter.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Verehrter Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Farid Müller (fortfahrend): Die Leute haben Sorge, dass das nicht mit rechten Dingen zugeht. Ich fordere Sie auf, dass Sie das in Ordnung bringen und dass wir das Abstimmungsergebnis in dieser Stadt schneller als in zehn Tagen haben. Anders geht es nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Erste Bürgermeister von Beust.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sprechen Sie als Bür-germeister oder als Privatmann, Herr von Beust?)

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, bevor ich mich inhaltlich zum Volksentscheid äußere und meine Überzeugung vorbringe, etwas zum Stil der Debatte und zu den Debattenbeiträgen zu sagen.

Herr Dressel, ich finde es unerträglich, wenn Sie Men-schen aufgrund ihres Namens oder ihrer Herkunft diffa-mieren. Das tut man nicht.

A (Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das war bei Herrn van Vormizele deutlich spürbar!)

Mir ist es völlig egal, wie diejenigen heißen, die sich äußern, und welche Funktion sie haben. Ich respektiere die Meinung eines jeden, sei er dagegen oder dafür. Sie haben einzelne diffamiert. Das ist nicht in Ordnung, Herr Dressel.

(Beifall bei der CDU)

Herr Müller, ich weise es mit Nachdruck zurück, wenn Sie dem Abstimmungsleiter unterstellen, hier sei bewusst oder unbewusst etwas falsch oder ungesetzlich gelaufen. Das ist nicht die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Das hat niemand gesagt!)

Sie tun so, als sei es gesetzliche Voraussetzung, das Gesetz mitzuverschicken. Richtig ist, dass das Gesetz bei der Abstimmung zum Wahlgesetz auch nicht mitverschickt und von niemandem beanstandet wurde. Richtig ist, dass jede Seite verantwortlich ist, die Unterlagen zusammenzustellen und sie dann zu verschicken. Das heißt, wenn Sie meinen, es sei so wichtig, dann hätte die Initiative diese Unterlagen ohne Schwierigkeiten beilegen können.

(*Bernd Reinert CDU*: Richtig!)

Sie unterstellen hier Falsches und das ist nicht in Ordnung, weil Sie unsicher werden, Herr Müller.

(Beifall bei der CDU)

B Ich verwehre mich dagegen, Herr Müller – heute ging es, aber in den letzten Wochen war es so –, dass Sie diese Debatte, in der man verschiedener Meinung sein kann,

(*Michael Neumann SPD*: Immer die gleiche Schallplatte!)

in der es um die Frage geht, wie viel plebisitäre Elemente Demokratie haben soll, mit einer unglaublichen moralischen Überheblichkeit verbinden. Auf diese haben Sie keinen Anspruch, Herr Müller.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Da sind Sie ja genau der Richtige!)

Ich will Ihnen, verehrter Herr Müller, auch sagen, warum Sie keinen Anspruch darauf haben. Die Grünen sind in dieser Sache auch nicht ganz unbefleckt. Erinnern Sie sich vielleicht an den Bürgerentscheid in Altona? Dort haben 79 Prozent derjenigen, die abgestimmt haben, gegen die Schließung eines Schwimmbades gestimmt. Sie aber haben die Schließung Seite an Seite mit der CDU durchgesetzt. Da war es plötzlich moralisch und anständig, aber jetzt sagen Sie etwas anderes. Moral ist nicht teilbar, Herr Müller. Wenn, dann gilt sie immer.

(Beifall bei der CDU)

Soweit, meine Damen und Herren, zum Stil. Aber kommen wir zum Inhalt der Debatte.

(Zuruf von *Manuel Sarrazin GAL*)

– Da sind die großen Demokraten, die lassen einen nicht einmal ausreden, das sind die Gralshüter der Demokratie. Genau so verhalten sie sich, Doppelmoral, wo man hinguckt.

(Beifall bei der CDU)

C

Aber die Debatte, die wir hier führen, ist nicht neu. Seit Jahrzehnten wird in Deutschland und in Europa darüber diskutiert, wer in einer Demokratie die letzte Entscheidung hat: Die Parlamente, also die frei gewählten Abgeordneten, oder durch einen Volksentscheid oder durch ein Plebisit das Volk selbst. Genau darum geht es bei diesem Volksentscheid. Wer hat in der Demokratie die letzte Entscheidung? Das Parlament oder per Plebisit das Volk selbst? Meine Überzeugung ist, auch wenn sie unpopulär sein mag, die letzte Entscheidung muss beim Parlament liegen. Das ist das Wesen der parlamentarischen Demokratie und damit sind wir in Deutschland und in Hamburg 60 Jahre lang gut gefahren.

(Beifall bei der CDU)

Meine Überzeugung stützt sich auf jahrzehntelange Erfahrung und Diskussion. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang, den größten Bürgermeister der hamburgischen Nachkriegsgeschichte, Herbert Weichmann, zu zitieren, der in seinem Buch "Gefährdete Freiheit" Folgendes zu diesem Thema ausgeführt hat:

"Und ich meine auch, dass die Väter unseres Grundgesetzes mit gutem Grund nach den Erfahrungen der Weimarer Republik das Plebisit abgeschafft haben, während heute eben wieder unter der Parole der Demokratisierung Tendenzen vorhanden sind, plebisitäre Methoden anzuwenden. Es gibt auch in der Demokratie die Gefahr einer Überdemokratisierung. Man kann Demokratie oder man kann einen Staat nicht funktionsfähig erhalten, wenn man sozusagen jede Entscheidung bis zur Basis vortreibt und von der Basis her legitimieren will."

(Zuruf von *Manuel Sarrazin GAL*)

D

– Ja, ja, Weichmann tut Ihnen weh, weil Sie sich von ihm entfernt haben. Geben Sie das doch zu.

(Beifall bei der CDU)

Aus gutem Grunde wäre er heute kein Sozialdemokrat mehr.

(Beifall bei der CDU)

Weichmann begründet diese Auffassung weiter: Wenn nämlich die Entscheidungen von plebisitären Elementen bestimmt werden, dann

"kommen emotionale und auch sicherlich weniger sachverständige Erwägungen zum Tragen, ..."

(*Michael Neumann SPD*: LBK! – Gegenruf von *Elke Thomas CDU*: Herr Neumann, hören Sie doch endlich auf!)

"(...) als sie in den Parlamenten angestrebt werden. Man kann sich vielseitig beraten lassen, aber Regierung und Parlamente müssen bei allem funktionsfähig bleiben und dürfen nicht durch ein Übermaß an sogenannter Demokratisierung, durch Mitbestimmung am falschen Platz, Anhörverfahren, Gutachtergremien, Bürgerinitiativen präjudiziert oder dazu verurteilt werden, immer hinter der Zeit hinterher zu rennen."

(*Michael Neumann SPD*: Wir leben nicht in den Sechzigerjahren!)

A So Originalton Herbert Weichmann, nicht in den Sechzigerjahren, sondern Mitte der Siebzigerjahre.

(Beifall bei der CDU)

– Dass für Sie die Siebzigerjahre schon ferne Zeitgeschichte sind, spricht von einem maroden Geschichtsverständnis, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: Da war ich im Kindergarten!)

Vertiefen wir einmal das Argument des verehrten Kollegen Neumann, der sagt, das war in den Siebzigerjahren, das gilt heute nicht mehr. Gilt das heute wirklich nicht mehr? Ich bin davon überzeugt, es gilt heute vielleicht noch mehr als in den Siebzigerjahren. Ich will Ihnen auch sagen, warum ich das meine. Die Globalisierung erfordert schnelle Entscheidungen im internationalen Wettbewerb. Es geht um Forschungsvorhaben, Infrastruktur, städtebauliche Entscheidungen und, und, und. Man muss gut und man muss schnell sein, um vorne zu sein und um in diesem Wettbewerb zu bestehen. Ich will, dass Hamburg vorne ist und nicht, dass Entscheidungen verzögert und verhindert werden. Das ist meine Überzeugung.

(Beifall bei der CDU – *Wilfried Buss SPD*: Moorburg!)

Das Problem ist, dass es oft sehr unpopuläre Entscheidungen sind, weil vermutlich die Leute in der Region und aus durchaus nachvollziehbaren Interessen gegen Veränderungen sind und natürlich alles tun – was ja demokratisch legitim ist –, um das im Meinungsstreit zu verhindern. Das ist in Ordnung. Ich möchte, dass die Meinungen ernst genommen, beraten und diskutiert werden,

B (Dr. Andreas Dressel SPD: Das sieht man ja!)

ich möchte aber auch, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt einmal entschieden wird, und ich möchte nicht, dass Minderheiten wichtige Entscheidungen verhindern können.

(Beifall bei der CDU)

Aber selbst wenn Sie der Überzeugung sind, dass die Verbindlichkeit von Volksentscheiden – das plakatieren Sie doch selbst – auch gegenüber dem Parlament durchgreifen soll – das wollen Sie, das ist auch gar nicht illegitim, ich teile nur Ihre Meinung nicht –, dann frage ich Sie, ob es vor diesem Hintergrund mit verbindlichen Entscheidungen wirklich klug ist, dann auch noch die Quoren zu senken. Das ist es mit Sicherheit nicht,

(Beifall bei der CDU)

weil natürlich kleinere Quoren die Angelegenheit noch beliebiger, willfähriger, manipulierbarer machen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da spricht ja einer, der sich damit auskennt!)

Darum sage ich, es ist eine kleine Mogelpackung, die Sie hier anbieten. Sie plakatieren Verbindlichkeit und in Wirklichkeit präsentieren Sie Quoren, die die Mehrheit auf den Kopf stellen soll. Das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Das sind die Gründe, warum ich gegen diesen Volksentscheid bin, und das ist der Grund, warum ich mit Nein gestimmt habe. Das ist auch der Grund, warum ich die Hamburgerinnen und Hamburger bitte, ebenfalls mit Nein

zu stimmen. Ich weiß, dass diese Überzeugung nicht populär ist. Ich weiß, dass es für mich und für die Union sicherlich viel einfacher wäre zu sagen, unterstützen wir den Volksentscheid, kommentieren wir es nicht, lassen wir es laufen, weil es vermutlich populärer ist.

(*Michael Neumann SPD*: Das liegt Ihnen ja sonst überhaupt nicht!)

Es ist ja auch so schön zu sagen, das Volk soll in seiner Weisheit entscheiden, wie es Herr Müller hier getan hat. Nur, meine Damen und Herren, wer Verantwortung trägt, der geht nicht den populären Weg, der geht den richtigen Weg und das tun wir.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Herr Egloff soll erst einmal die 1.000 Stimmen zeigen!)

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es immer schön, wenn der Bürgermeister sich hinstellt – oder vielleicht war das heute auch nur der Bürger von Beust, denn als Bürgermeister will er sich ja nicht zum Volksentscheid äußern, hat er gesagt – und die "beleidigte Leberwurst" spielt.

(*Elke Thomas CDU*: Das hat doch nichts mit "beleidigter Leberwurst" zu tun!)

Wenn Sie, Herr Bürgermeister, hier von Stil reden, dann gucken Sie sich bitte die Plakate an, die Ihre Partei auf die Straße gestellt hat

(Beifall bei der SPD und der GAL)

und die auch in dieser Broschüre abgebildet sind. Da heißt es:

"Retten Sie die Verfassung"

Sie suggerieren, dass alle diejenigen, die für den Volksentscheid sind, Verfassungsfeinde sind. Was ist das denn für ein Stil, Herr Bürgermeister?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann heißt es:

"Nirgendwo ist die Volksgesetzgebung so leicht machbar wie in Hamburg. Das reicht einigen einflussreichen Drahtziehern aber nicht."

Was ist das denn für ein Stil, Herr Bürgermeister? Da sind Sie überhaupt nicht empfindlich. Also lassen Sie die Kirche im Dorf mit Ihren Äußerungen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie versuchen, der Bevölkerung mit verzerrten Botschaften zu suggerieren, dass hier das Chaos ausbricht, wenn der Volksentscheid durchkommt. Was Sie weiterhin verschweigen, wenn Sie immer von den 35 Prozent reden, ist, dass das immerhin 420.000 Wählerinnen und Wähler sind, die dafür erforderlich sind.

(Zuruf von *Kai Voet van Vormizeele CDU*)

– Das sind mehr als diejenigen, Herr Voet van Vormizeele, die diesen Bürgermeister in dieses Amt gewählt haben.

A (Beifall bei der SPD und der GAL)

Würden Sie Ihre Argumentation ernst nehmen, dann sollten Sie darüber nachdenken, welche Legitimation Sie in dieser Regierung haben. Die sprechen Sie sich mit der Argumentation selbst ab.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Im Übrigen, meine Damen und Herren von der CDU, haben Ihre Parteifreunde in Bayern damit kein Problem.

Dort ist nur ein Quorum von 25 Prozent erforderlich – und zwar schon seit Jahrzehnten –, um die Verfassung zu ändern. Das ist auch einige Male passiert, zum Beispiel als der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Verfassung verankert wurde und auch gegen den Widerstand der CSU der Senat abgeschafft wurde. Die CSU hat aber im Gegensatz zu Ihnen die Ergebnisse akzeptiert. Mir wäre es, ehrlich gesagt, peinlich, wenn Sie als angeblich liberale Großstadtpartei sich die Frage gefallen lassen müssen, ob Sie bei diesen demokratischen Prozessen noch rechts von der CSU stehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Fakt ist, dass Sie der Bevölkerung in dieser Stadt nicht trauen. Sie trauen dieser Bevölkerung nicht zu, die politische Lage zu beurteilen. Das ist auch in den Worten des Bürgermeisters deutlich geworden.

(Elke Thomas CDU: Genau das trauen wir Ihnen nicht zu!)

B Was Sie allerdings nicht begriffen haben – da relativiert sich auch das, was Sie von Herrn Professor Weichmann zitiert haben: Wir sind nicht mehr in einer Situation wie bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland.

(Zurufe von der CDU – Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Ammenmärchen, dass die Weimarer Republik daran gescheitert sei, dass es plebisitäre Elemente in der Verfassung gibt, können Sie noch so oft erzählen. Aber das ist nicht richtig. Die Weimarer Verfassung ist daran gescheitert, dass die bürgerlichen Parteien versagt haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Mit Ihrem Verhalten fördern Sie die Politikverdrossenheit in dieser Stadt. Wie unsinnig Ihre Bedenken sind, ob die Bevölkerung in der Lage ist, Dinge richtig zu beurteilen und zu differenzieren, zeigt die Tatsache, dass an dem Tag, als dieser Bürgermeister gewählt worden ist, die gleichen Wähler mit 76 Prozent gesagt haben, dass sie nicht wollten, dass der LBK verkauft wird. Da hat der Wähler doch differenziert entschieden und Sie sprechen ihm das ab, weil Ihnen das Ergebnis nicht gefällt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Problem liegt also nicht beim Wähler, sondern bei Ihrem Demokratieverständnis.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Natürlich ist es nicht angenehm, sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen, wenn die anderer Meinung ist. Das weiß jeder, der in solchen Diskussionen vor Ort aufgetreten ist. Aber, ich denke, es ist Aufgabe von Politik, auch unangenehme Entscheidungen zu vertreten und für

C Überzeugung und Mehrheiten zu sorgen und zu werben. Das ist unsere Aufgabe.

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Das machen wir gerade. Das wollten Sie verhindern!)

Das Gerede darüber, dass Politiker machen, was sie wollen, wenn sie erst einmal gewählt sind, kommt von solchen Verhaltensweisen, wie Sie sie an den Tag legen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie erweisen der Demokratie in dieser Stadt einen Bärendienst und werden dann Krokodilstränen vergießen, wenn die Wahlbeteiligung wieder zurückgegangen ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Jäger.

Dr. Manfred Jäger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es erstaunt mich immer wieder, wie die Kollegen Müller und Dressel es schaffen, mit jeder Rede zu diesem Thema das Niveau noch weiter herunterzurütteln.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh! – Beifall bei der CDU)

Eines allerdings, Herr Egloff, hat mich verwundert.

(Doris Mandel SPD: Er mutiert dann immer ganz schnell zum Wadenbeißer!)

Von Ihnen hätte ich eine derart platt-polemische Rede nicht erwartet.

(Beifall bei der CDU)

Was haben Sie eigentlich für ein Geschichtsverständnis? Das Grundgesetz war 1947 eine glänzende Verfassung und das ist es heute immer noch. Und die tragenden Säulen dieser Verfassung gilt es zu bewahren und für die stehen wir.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Wir auch!)

Traurig finde ich – das hat sich bei der Rede des Bürgermeisters gezeigt –,

(Michael Neumann SPD: Das war traurig, ja!)

dass Sie nicht einmal in der Lage sind, mehreren Zeilen von Herbert Weichmann ruhig zuzuhören. Wie tief sind Sie eigentlich gesunken?

(Beifall bei der CDU)

Über Ihr Demokratieverständnis kann ich mich nur wundern. Da werfen Sie uns das Bekämpfen von Volksentscheiden vor,

(Ingo Egloff SPD: Ja, ist doch so!)

als ob das etwas Unanständiges wäre. Dass man seine Meinung sagt, gehört zur Demokratie grundlegend dazu. Lassen Sie mich eines hinzufügen: Nur weil wir nicht Ihrer Meinung sind, ist das nicht undemokratisch, auch wenn Sie das gerne hätten.

(Beifall bei der CDU)

Es ist selbstverständlich, dass die CDU ihre Meinung sagt, wenn es um Schicksalsfragen unserer Stadt geht. Das haben wir immer getan, das tun wir jetzt und das

A werden wir auch in Zukunft tun. Dabei, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Opposition, lassen wir uns auch durch Ihre wie auch immer gearteten Schmutzkampagnen nicht beirren.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Das sagen die Richtigsten!)

Da zieht zum Beispiel der Kollege Müller in schon peinlicher Weise

(*Werner Dobritz SPD*: Sie sind doch ein intellektueller Penner!)

über einen renommierten Rechtsprofessor her ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Ich darf dem Abgeordneten Dobritz einen Ordnungsruf erteilen.

Dr. Manfred Jäger (fortfahrend): Da zieht zum Beispiel der Kollege Müller in schon peinlicher Weise über einen renommierten Rechtsprofessor her, der Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Volksentscheids angemeldet hatte: Man merke deutlich, dass der Professor Experte für Finanz-, Steuer- und Öffentliches Wirtschaftsrecht und nicht für Verfassungsrecht ist. Sonst hätte er zu seinen hanebüchenen Einschätzungen nicht kommen können, so Herr Müller. – Wenn ich mir dann aber vor Augen führe, über welche verfassungsrechtlichen Qualifikationen der Kollege Müller verfügt, dann muss ich sagen: Eine überheblichere und arrogantere Bemerkung habe ich lange nicht mehr gehört.

B (Beifall bei der CDU)

Oder der Kollege Dressel,

(*Ingo Egloff SPD*: Der hat die Befähigung zum Richteramt!)

der uns in seiner Presseerklärung mitteilen lässt:

"[Die] plötzlich ins Spiel gebrachte angebliche Verfassungswidrigkeit des Volksentscheids ist an den Haaren herbeigezogen. [...] Das sagt Dressel, der selbst über Direkte Demokratie in Hamburg promoviert hat."

Ich glaube kaum, dass Eitelkeit eine juristische Auseinandersetzung ersetzen kann.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man dann einer Rezension über eben diese Dissertation glauben kann, werden darin folgende Thesen vertreten: Verfassungsrechtliche Gründe erfordern höhere Hürden für die Direkte Demokratie.

(*Manuel Sarrazin GAL*: Darf der überhaupt reden mit diesem Lebenslauf?)

Die Initiatoren von Bürgerbegehren mit finanziellen Folgen sollen hierfür einen Kostendeckungsvorschlag vorlegen. Das Sankt-Florian-Prinzip bei Bürgerbegehren hat ein neues Ventil gefunden.

Herr Dressel, ich wollte, dazu hätten Sie heute etwas gesagt. Diese Frage wollte ich Ihnen nämlich vorhin stellen, aber darauf haben Sie nicht geantwortet. Vielleicht kommen Sie später dazu.

(Beifall bei der CDU)

C Sie regen sich darüber auf, dass der Bürgermeister sich in seiner Eigenschaft als Spitzenkandidat mit einem Brief an die Hamburgerinnen und Hamburger wendet. Was ist denn dagegen einzuwenden? Wollen Sie etwa Herrn von Beust verbieten, sich zu elementaren politischen Fragen unserer Stadt zu äußern?

Und warum soll das nur für den Bürgermeister gelten? Dann, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der SPD, stoppen Sie doch auch Ihren Kandidaten, der durch die Stadt läuft und jedem, ob er es hören will oder nicht, seine Meinung über den Volksentscheid aufdrängt. Aber Sie messen wieder einmal mit zweierlei Maß.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluss.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das wird auch Zeit!)

Wir werden nicht nervös, wir haben gute Argumente gegen die Änderungen und wir werden uns nicht davon abhalten lassen, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt diese Argumente mitzuteilen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Also, Herr Jäger und Herr Bürgermeister, wenn es noch eines Beweises bedarf hätte, dass die CDU nervös wird, dann haben Sie diesen Beweis gerade geliefert, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

D Sie haben anlässlich eines Volksentscheids das Gespenst der Überdemokratisierung an die Wand gemalt und dazu Demokratieverstümmelungen von vor 30, 40 Jahren bemüht. Sie haben behauptet, es würden Leute wegen ihrer Herkunft diffamiert werden. Aber Sie sind nicht auf das Sachargument eingegangen. Das Sachargument, das Herr Dressel gebracht hatte, war doch, dass in dieser Kampagne von den besagten Prominenten gesagt wurde, dass die Herrschenden klüger seien als das Volk und dass man deswegen die Direkte Demokratie nicht ausweiten sollte. Das war das Kernargument.

(*Michael Neumann SPD*: Das spricht auch für die Monarchie!)

Das ist, ehrlich gesagt, nach meinem Verständnis schon eine ein wenig royalistische Einstellung zur Machtausübung. Das ist nicht das, was wir unter Demokratie verstehen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das Volk ist eben nicht so dumm, wie Sie sich das vorstellen. Es geht doch darum, dass wir etwas Neues machen wollen. Das gestehe ich Ihnen insofern zu. Es ist nicht mehr die Situation wie vor 30 oder 40 Jahren, sondern es geht uns doch darum – im Übrigen ging uns das bis vor Kurzem eigentlich noch gemeinsam in diesem Parlament darum –, eine neue Demokratie, eine partizipative Demokratie, eine Kultur der Beteiligung zu schaffen, gerade weil wir doch sehen, dass wir eben nicht mehr im Parteispektrum alles abdecken können, sondern dass wir an den Rändern auch ganz besorgniserre-

A gende Abdriftungserscheinungen zur Kenntnis nehmen. Deswegen haben wir Demokraten gesagt, dass wir auch, um diese Tendenzen der Radikalisierung in der Demokratie abzufangen, partizipative und plebiszitäre Elemente einführen wollen. Und jetzt kommen Sie daher und sagen, das sei undemokratisch. Da verlassen Sie einen demokratischen Konsens, den wir in diesem Haus einmal gehabt haben. Ich finde es ziemlich schade, dass Sie davon abweichen, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann noch zu dem Aspekt des Versands der Unterlagen: Da haben Sie uns vorgeworfen, wir würden Unwahrheiten verbreiten.

(*Kai Voet van Vormizeele und Harald Krüger, beide CDU: Das stimmt ja auch! – Gegenruf von Dr. Andreas Dressel SPD: Wer verbreitet hier Unwahrheiten?*)

Herr Bürgermeister, ich möchte Sie einmal daran erinnern, dass Sie in Ihrem Brief, den Sie als Privatmann 200.000 Hamburgerinnen und Hamburger geschrieben haben, sinngemäß gesagt haben: "Lesen Sie selbst den Gesetzentwurf. Bilden Sie sich eine Meinung." Jetzt steht in Ihrem Gesetz aber, dass es offenbar ausreicht, wenn der Gesetzentwurf, über den abgestimmt wird, im Amtlichen Anzeiger steht. Sie kennen dieses Gesetz offenbar selbst nicht. Da müssen Sie sich aber doch fragen lassen, was das eigentlich für ein Gesetz ist, das Sie verabschiedet haben und das Sie erstens nicht selber verstehen und das zweitens dazu führt, dass über eine Million Menschen über etwas abstimmen sollen, zu dem sie die Unterlagen gar nicht vorliegen haben. Was ist das bitte für eine Logik? Das hat doch mit Direkter Demokratie nichts zu tun.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dann werfen Sie uns moralische Überheblichkeit vor. Nun muss ich diesen Vorwurf ein wenig zurückgeben, denn eine Partei, die eine Kampagne auflegt, in der sie sich zur Retterin der Verfassung aufschwingt, ist aus meiner Sicht schon ein wenig überheblich.

(*Doris Mandel SPD: Bizar!*)

Ziemlich unerträglich – finde ich – wird es dann, wenn Sie, Herr Bürgermeister, Unwahrheiten verbreiten über den Vorgang, der sich in Altona beim Bismarckbad abgespielt hat. Sie haben behauptet, die GAL habe sich Seite an Seite mit der CDU über einen Bürgerentscheid hinweggesetzt. Da muss ich Sie einfach nur noch einmal an die historische Wahrheit erinnern – wie das gewesen ist. Es hat eine gemeinsame Auffassung von CDU und GAL in Altona gegeben. Es hat einen Bürgerentscheid gegeben,

(*Wolfhard Ploog CDU: Richtig!*)

den die CDU und die GAL verloren haben. Daraufhin hat die GAL diesen Bürgerentscheid respektiert. Es waren dann Sie mit Ihrem Senat, die diese Entscheidung evolviert und anders entschieden haben. Da unterscheiden wir uns immer noch sehr deutlich, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie dann sagen, man dürfe Volksentscheide nicht verbindlich machen, dann muss ich sagen: Ich hätte mir auch gewünscht, dass es eines solchen Volksentscheids, über den wir heute reden, nicht bedurft hätte. Ehrlich

gesagt, hat, glaube ich, auch niemand daran gedacht, dass es einer solchen Regelung tatsächlich einmal bedürfen würde, als in der Verfassung diese neuen Regelungen über Volksentscheide eingeführt wurden. Niemand hat damit gerechnet, dass eine Regierung sich einmal erdreisten würde, sich innerhalb einer Legislaturperiode zweimal über Volksentscheide hinwegzusetzen.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU: Einmal schaffen Sie auch, Herr Kollege!*)

Uns geht es nur darum, die Regeln des politischen Anstands, die Sie verletzt haben, verbindlich zu machen. Es ist schade, dass es erforderlich ist, dass wir hierzu eine Verfassungsänderung brauchen, aber wir brauchen sie. Deswegen sollten die Hamburgerinnen und Hamburger mit "Ja" abstimmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht, um direkt auf den letzten Punkt von Herrn Maaß zu antworten:

(*Jürgen Schmidt SPD: Was sagt denn Dein Bürgermeister?*)

Wenn wir schon bei den Fakten bleiben wollen, dann ist Fakt, dass die GAL sich in dieser Frage der Stimme enthalten hat und dass Frau Dr. Lappe gesagt hat, dass es inhaltlich eine richtige Entscheidung war, so wie sie getroffen wurde – das ist Fakt.

(*Nebahat Güclü GAL: Dass Sie nichts von Fakten verstehen, haben Sie schon unter Beweis gestellt!*)

Dann, Herr Maaß, haben Sie völlig richtig gesagt, dass dieser Verfassungskonsens, durch den die Volksgesetzgebung in Hamburg eingeführt wurde, im Konsens eingeführt worden ist. Aber wie geht die Argumentation dann weiter? Sie verlassen den Konsens

(*Ingo Egloff SPD: Sie haben ihn verlassen!*)

und werfen uns vor, wir seien undemokratisch. Eine solch absurde Argumentation habe ich wirklich lange nicht mehr gehört.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben, als wir die Hamburgische Verfassung geändert haben, ganz bewusst die Regelung in die Verfassung aufgenommen, dass ein durch Volksentscheid zustande gekommenes Gesetz nicht innerhalb von zwei Jahren durch einen erneuten Volksentscheid geändert werden kann. Genau das steht in der Verfassung und genau das halten wir für richtig. Das heißt aber auch, dass die letzte Verantwortung nach der Hamburgischen Verfassung weiterhin beim Parlament, bei dieser Bürgerschaft, liegt. Das – das ist meine tiefste Überzeugung – ist auch richtig so.

(Beifall bei der CDU)

Ich stelle mir auch die Frage, warum es eigentlich jetzt so erleichtert werden muss, die Hamburgische Verfassung per Volksentscheid zu ändern.

(*Doris Mandel SPD: Weil Ihr das verbrochen habt!*)

A Wir haben in 55 Jahren hamburgischer Verfassungsgeschichte gerade einmal zehn Änderungen der Verfassung gehabt. Das heißt, dass wir mit dieser Verfassung und mit den Regularien, die darin stehen, hervorragend gefahren sind. Weshalb soll künftig eine Minderheit die Verfassung ändern dürfen, wenn die Mehrheit und alle Hamburger davon betroffen sind?

(Beifall bei der CDU)

Bei der Verfassung, der Grundlage unseres Zusammenlebens, geht es nicht darum, Regeln zu etablieren, die Änderungen möglichst leicht machen, sondern es muss darum gehen, die Regeln so zu schaffen, dass sie von einem möglichst breiten Konsens getragen werden.

(*Manuel Sarrazin GAL: Das hat der Bürgermeister aber ganz anders gesagt!*)

Mit Ihrer Änderung machen Sie das genaue Gegenteil.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Sie machen es unmöglich!*)

Ich möchte dann noch ganz kurz auf ein, zwei Stilaspekte eingehen. Frau Goetsch, Sie sollten sich wirklich einmal ansehen, wer in dieser Sache Ihre Bündnispartner sind. Ihre Bündnispartner von "Mehr Demokratie" distanzieren sich in einer Presseerklärung sehr lauwarm von den Beschädigungen der CDU-Plakate – ich will jetzt gar nicht auf ein mögliches Vorbild für solche Aktionen eingehen –, sagen in derselben Erklärung im Schlussatz aber auch sinngemäß, dass wenn die CDU solche Positionen vertritt, sie selbst Schuld hat, wenn ihre Plakate kaputtgemacht werden.

B (Erhard Pumm SPD: Lesen Sie die doch einmal vor!)

Das sind Ihre Bundesgenossen.

(Beifall bei der CDU)

Genau dieselben Leute – in diesem Falle Frau Gardiner – erklären unter dem Datum vom 24. September:

"Ungeklärt ist weiterhin, auf welcher Rechtsgrundlage der Bürgermeisterbrief erfolgte."

(Glocke)

Hier kann ich Nachhilfe geben – und das ist der letzte Satz, Herr Präsident: Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz:

"Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten [...]. Eine Zensur findet nicht statt."

– Auch nicht durch Sie.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Was Stilberatung angeht, Herr Reinert und Herr von Beust, scheinen Sie dieselbe zu haben. Sie tragen heute immerhin die gleichen Krawatten.

(*Karen Koop CDU: Das ist ja eine staatstragende Aussage. Das gibt es ja wohl nicht!*)

Das scheint zumindest in dem Stilbereich – abgestimmt zwischen der CDU und dem Senat – zu funktionieren, auch wenn es ein Werbegeschenk der Kommission anlässlich der G8-Präsidentschaft ist.

Herr Reinert, Sie haben gesagt, dass wir in Hamburg bisher hervorragend mit der Hamburgischen Verfassung gefahren sind. Dann denken Sie doch einmal darüber nach, weshalb die Menschen – es haben über 100.000 in der zweiten Stufe unterschrieben – zu dem Ergebnis gekommen sind, dass wir mit dieser Form der Verfassung offensichtlich nicht mehr hervorragend fahren, weil diese Verfassung es eben möglich macht, dass Ihre Fraktion und dieser Senat den Volkswillen dauerhaft missachten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist doch die zentrale Frage: Warum diskutieren wir überhaupt hier im Hause und auf den Straßen – wie der Herr von Vormizeele, der das immer so tapfer vorgibt zu tun? Wir diskutieren darüber, weil offensichtlich die Menschen jedwedes Vertrauen in den Hamburger Senat verloren haben, dass Volksentscheide ernst genommen werden. Sonst wäre dieses ganze Verfahren zur Verfassungsänderung überhaupt nicht notwendig. Sie haben mit Ihrer Politik diese Reaktion provoziert. Sie klagen jetzt darüber, dass die Gespenster kommen, die Sie vorher riefen. Es ist Ihre Politik, die das zu verantworten hat.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Thema Geschichte: Ich hätte mir nicht vorstellen können, dass Herr von Beust und ich uns einmal über Geschichte unterhalten, aber das ist auch etwas. Wenn man sich die Volksentscheide oder die Entscheide anschaut, die es in Weimar gab, können Sie auch Ihrer Freundin, der Prinzessin von ...

– Wo kam die her?

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Schleswig-Holstein!*)

(...) Schleswig-Holstein sagen: Auch in Weimar ist die Volksabstimmung über die Enteignung der Fürsten abgelehnt worden. Das Volk hat solche schlimmen Dinge nicht gegen den Adel beschlossen. Sie sehen also, Sie müssen gar keine Angst davor haben. Das Volk ist wesentlich klüger, als Sie denken.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Immerhin hat der Bürgermeister heute beim Thema Volksentscheid das Wort ergriffen. Es scheint ihm wichtig zu sein, anders als gestern, wo er es nicht für nötig befand, in die Diskussion einzusteigen. Ich habe auch das Glück gehabt, solch einen Brief zu bekommen von einem Herrn von Beust, Leinpfad 74. Ich dachte mir gleich: Aha, er hat die Wohnung in St. Georg noch nicht gekündigt. Ich habe den Brief aufgemacht. Darin stehen einige Argumente. Zum einen, dass Hamburg bisher die günstigsten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Volksentscheidung habe.

(*Bernd Reinert CDU: Ja, super!*)

War das die Entscheidung der CDU?

(*Bernd Reinert CDU: Haben wir das übernommen oder nicht?*)

Oder war es nicht eher so, dass das Volk sich auch das gegen den parlamentarischen Willen und gegen die Hamburger CDU ertrotzen und erkämpfen musste?

C

D

A (Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann steht hier, die bewährte Hamburger Verfassung könnte sich ändern. Ich meine, Herr von Beust hat 1993 als Prozessbevollmächtigter selbst seine Erfahrungen gemacht, als das Verfassungsgericht entschieden hat, dass die Kandidatenaufstellungen der CDU verfassungswidrig gewesen sind.

(*Karen Koop CDU*: Jetzt kommt die alte Leier wieder. Bleiben Sie doch bei der Sache!)

Da haben Sie eine Niederlage erlitten. Von daher kann kaum jemand besser beurteilen, ob unsere Verfassung wirklich greift oder nicht. Sie haben mehrere Niederlagen – als Bürgermeister und als Rechtsanwalt – erlitten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zu guter Letzt schreibt Herr von Beust, wo Demokratie drinsteht, solle auch Demokratie drin sein. Diesen Maßstab hätten Sie bei Ihrem eigenen Brief auch anlegen müssen, Herr von Beust.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort der Abgeordnete Dr. Steffen für maximal zwei Minuten.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Das mit dem Vorbild, Herr Reinert: Sie meinten offensichtlich den Bürgermeister, der einmal über Plakate Ihres früheren Koalitionspartners gesagt haben soll, dass er das nicht ganz so schlimm finde, wenn die beschädigt würden. Darauf haben Sie offensichtlich angespielt, als Sie eben über Ihre Plakate geredet haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aber ich will noch einmal sagen: Es geht im Kern der Auseinandersetzung um die Frage, welcher Schaden eigentlich entsteht, wenn tatsächlich Volksentscheide entscheiden können und wir tatsächlich Sicherungen in die Verfassung einbauen, die eine Verbindlichkeit der Volksentscheide gewährleisten sollen. Welcher Schaden entsteht dadurch? Welcher Schaden entsteht, wenn wir uns auf Auseinandersetzungen zum Beispiel über den Verkauf der Krankenhäuser einlassen und wirklich die Regierung in der Verantwortung ist, die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass ihre Gesundheitsversorgung gewährleistet ist, auch wenn die Krankenhäuser verkauft werden? Welcher Schaden würde entstehen im Vergleich zu der Situation, die wir jetzt erreicht haben? Der Schlamassel, den Sie beim LBK angerichtet haben – so schlimm hätte ein noch so populistisch irregeleitetes Volk diese Frage gar nicht entscheiden können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Welcher Schaden soll eigentlich dadurch entstehen, dass das Volk nach einer ausführlichen Diskussion entscheidet, wie es das Parlament wählen will?

(*Harald Krüger CDU*: Sie wollten doch gar keine Diskussion!)

Welcher Schaden hätte dadurch entstehen sollen? Wir haben gesehen: Da wo es unbedingt erforderlich war, gab es eine Kontrollmöglichkeit durch das Verfassungsgericht. Es entsteht kein Schaden dadurch, wenn wir durch dieses erleichterte Referendum eine zusätzliche

Sicherung einbauen, nachdem die Bürgerschaft, wenn sie das für notwendig hält, eine Änderung an einem vom Volk beschlossenen Gesetz vornimmt. Es entsteht dadurch kein Schaden, sondern es entsteht mehr Verbindlichkeit. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Sie täten gut daran, wenn Sie das Band zu den Bürgerinnen und Bürgern enger knüpfen würden. Stattdessen sehen Sie das Volk als Feind und gehen immer auf Konfrontationskurs, sobald es um Direkte Demokratie geht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf, die Drs. 18/6801, Senatsmitteilung: UmweltPartnerschaft Hamburg, Erweiterung und Fortschreibung.

**[Senatsmitteilung:
UmweltPartnerschaft Hamburg
Erweiterung und Fortschreibung
– Drs. 18/6801 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Böttcher bekommt es.

Niels Böttcher CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Heute ist Klimaschutz in aller Munde. Das haben wir auch gestern in der Aktuellen Stunde gemerkt. Bei den Grünen wird immer nur über Klimaschutz geredet. Die CDU aber handelt und hat schon im Jahr 2003 die erste UmweltPartnerschaft ins Leben gerufen. Durch dieses seinerzeit bis März 2008 angelegte Programm wurde erstmals konsequent nachhaltiges Wirtschaften gefördert und dies nicht mit hohen Subventionen, sondern auf Basis freiwilliger Umweltschutzmaßnahmen. Die UmweltPartnerschaft Hamburg unterstützt Hamburger Betriebe durch Beratung, Förderprogramme und einen Erfahrungsaustausch gezielt bei freiwilligen Maßnahmen zum Umweltschutz.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Hier ist besonders das Programm "Unternehmen für Ressourcenschutz" zu nennen. Damit wurde in den vergangenen viereinhalb Jahren bewiesen, dass Umweltschutz und wirtschaftlicher Erfolg sich nicht gegenseitig ausschließen. Bisher ist es gelungen, allein durch freiwillige Maßnahmen jährlich 60.000 Tonnen CO₂ einzusparen und gleichzeitig die Betriebskosten der Unternehmen um beinahe 7 Millionen Euro zu senken, also eine Win-Win-Situation für Wirtschaft und Umwelt. Derzeit engagieren sich rund 1.200 Unternehmen mit freiwilligen Umweltleistungen in dieser Partnerschaft, wobei diese Zahl relativ ist, wenn man bedenkt, dass sich mit Unternehmen wie der Beiersdorf AG, der Still GmbH als einer der weltweit führenden Gabelstapler-Hersteller, der Norddeutschen Affinerie, Europas größter Kupferhütte, und nicht zuletzt Airbus als einem der beiden weltweit führenden Flugzeughersteller – um nur einige zu nennen – die Kronjuwelen unter den Global Playern der hamburgischen Wirtschaft an dieser Partnerschaft beteiligen.

Diese Unternehmen müssen täglich im globalen Wettbewerb ihre Betriebskosten optimieren und trotzdem – oder besser gesagt gerade deshalb – engagieren sich diese Unternehmen in der UmweltPartnerschaft, weil sie

A erkannt haben, dass sich Umweltschutz und erfolgreiches Wirtschaften nicht gegenseitig ausschließen, sondern gerade Umweltschutz heutzutage dazu beiträgt, die Betriebskosten zu senken und somit die Profitabilität eines Unternehmens zu verbessern.

Im Rahmen der Verlängerung der UmweltPartnerschaft ist es gelungen, den Unternehmensverband Hafen Hamburg als neuen Partner zu gewinnen. Mit 156.000 Arbeitsplätzen, die mittelbar oder unmittelbar im Hafen anhängig sind, ist der Hafen der größte Arbeitgeber unserer Stadt und zugleich einer der Wirtschaftsmotoren unserer heimischen Wirtschaft. Gerade der Transport und Umschlag der im Hafen ankommenen und abfahrenden Waren ist mit großem Energieverbrauch verbunden. Eine Optimierung des Hafenbetriebs unter Berücksichtigung des Umweltschutzes bietet erhebliche Potenziale für freiwillige Umweltschutzmaßnahmen. Zugleich können die Unternehmen von den Erfahrungen der UmweltPartnerschaft profitieren, sie können sich durch die UmweltPartnerschaft beraten lassen und so Potenziale finden, die zum einen eine Reduzierung ihrer CO₂-Emissionen ermöglicht und ihnen gleichzeitig Spielräume eröffnet, um ihre Betriebskosten zu senken.

Dass diese Synergieeffekte vorhanden sind und genutzt werden können, hat die UmweltPartnerschaft Hamburg in den vergangenen Jahren mehr als deutlich gezeigt. Daher ist die Verlängerung über März 2008 hinaus nicht zuletzt gut für die Menschen unserer Stadt, sondern auch ein weiterer Baustein für den weltweiten Klimaschutz. Daher können wir dem Senat zu der Fortschreibung der UmweltPartnerschaft nur gratulieren.

B (Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist hier sehr übersichtlich. Ich habe eine etwas andere Sicht zur UmweltPartnerschaft als Sie, Herr Böttcher. Ich finde, mit dieser Einrichtung ist es so wie mit dem Märchen von "Des Kaisers neue Kleider": Zuerst sind die Erwartungen sehr hoch, der Jubel entsprechend groß und am Ende ist die Ernüchterung vorhanden.

Mit der vorliegenden Drucksache muss der Senat selber eingestehen, Herr Harlinghausen, dass nach vier Jahren UmweltPartnerschaft nicht der erwünschte Erfolg eingetreten ist. Statt 2.000 Umweltpartner – wie geplant – sind nur 1.200 gewonnen worden und dazu bekennt sich noch nicht einmal ein Drittel zu seinem aktiven Umweltengagement. Das ist eine herbe Enttäuschung.

Damit wir uns richtig verstehen, meine Damen und Herren! Es ist toll, wenn sich Unternehmen im Umweltschutz engagieren. Das ist klasse und das unterstützen wir auch. Aber angesichts von 123.000 eingeschriebenen Mitgliedern der Handelskammer und 14.000 Handwerksbetrieben sind 391 Umweltpartner grotesk wenig.

Meine Damen und Herren! Klimaschutz soll in der UmweltPartnerschaft demnächst einen zentralen Stellenwert einnehmen.

(*Barbara Ahrons CDU: Haben Sie da nicht richtig zugehört, Frau Schaal?*)

– So steht es im Klimaschutzprogramm des Bürgermeisters, Frau Ahrons.

Die bisherige Bilanz ist auch ernüchternd. 125.000 Tonnen CO₂ wurden durch Senatsprogramme eingespart, aber die Zahlen kennen wir bereits aus den Haushaltsberatungen. Offensichtlich ist inzwischen nichts dazu gekommen. Auch das ist enttäuschend. Bei diesem Ergebnis drängt sich natürlich erneut die Frage auf, wo denn die 500.000 Tonnen CO₂-Einsparungen durch die Wirtschaft herkommen sollen, die der Bürgermeister angemahnt und erbeten hat. Darüber haben wir gestern schon einmal geredet, Frau Ahrons. Wir haben festgestellt, dass allein die Hamburger Stadtreinigung und die Norddeutsche Affinerie 140.000 Tonnen CO₂ einsparen und die anderen finden dieses Ereignis noch nicht einmal erwähnenswert.

Die spannende Frage lautet doch jetzt, warum die gute Idee von der UmweltPartnerschaft so wenig Früchte trägt. Im Klimaschutzkonzept heißt es übrigens, dass in den Schwellenländern Umweltschutz primär immer noch als Wettbewerbshindernis betrachtet wird. Aber auch die Wirtschaftsbehörde, der Industrieverband und die Handelskammer haben diese Sichtweise, denn im Masterplan haben sie vereinbart, überzogene Anforderungen an den Umweltschutz zu vermeiden. Herr Senator, sind wir eigentlich auch ein Schwellenland? Verbal sieht der Hamburger Senat überall die Stadt an der Spitze. Real gilt das jedenfalls für Umwelt- und Klimaschutz nicht, denn Hamburger Umweltgesetze sollen laut "Masterplan Industrie" nicht über Bundes- und EU-Vorgaben hinausgehen. Da bin ich sehr gespannt – leider ist er nicht da –, wie der Umwelt- und Stadtentwicklungssenator Gedaschko sein Klimaschutzgesetz durch den Senat bekommen will, das höhere Standards haben soll als die Bundesregierung vorgesehen hat. Das hat er uns jedenfalls gestern erzählt. Es wäre allerdings schön und zu begrüßen, wenn wenigstens die Vorgaben aus Brüssel und Berlin akzeptiert werden, meine Damen und Herren.

Ein besonderer Clou der UmweltPartnerschaft ist aber, dass der Senat den Umweltpartnern in Aussicht stellt, in Berlin und Brüssel im Sinne ihrer Interessen Lobbyarbeit zu machen, und zwar, um die Eingriffe durch Gesetze und Verordnungen abzumildern und Standards niedrig zu halten. Dazu arbeiten dann unter der Federführung der Handelskammer die Vertreter der Wirtschaft, der Hamburger Behörden, aber auch der Ministerien aus Schleswig-Holstein eng zusammen. Vertreter aus Gewerkschaften oder aus Sozial- und Umweltverbänden gehören diesen Runden nicht an.

Meine Damen und Herren! Wenn den Unternehmen einerseits in Aussicht gestellt wird, ihnen lästige Umweltstandards und Gesetze durch knallharte Interessenpolitik vom Hals zu schaffen, kann man doch auf der anderen Seite nicht erwarten, dass diese Unternehmen dann diese Standards freiwillig hochhalten und umsetzen. Genau das ist der Webfehler der gesamten Umweltschutzpolitik des Senats und auch der Webfehler der UmweltPartnerschaft, Herr Uldall. Das ist wahrscheinlich auch der Grund dafür, dass sich der Bürgermeister zu solchen Fragen nicht äußert, wenn es den Klimaschutz oder die UmweltPartnerschaft betrifft. Er hat die Richtlinienkompetenz und müsste im Konflikt zwischen Widerstreitenden und Interessen von Umwelt und Wirtschaft und nicht nur dort schlichten, abwägen und ausgleichen. Aber das findet nicht statt, weil sich der Bürgermeister bereits einseitig

A festgelegt hat. In Sachen Moorburg wird das ganz deutlich. Auf seinen Reisen nimmt der Bürgermeister stets Vertreter der Hamburger Wirtschaft mit und meist sieht man auf den Reisen dann dieselben Gesichter. Ich finde es entlarvend, meine Damen und Herren, wenn jetzt im Klimaschutzkonzept zu lesen ist, dass der Senat jetzt prüfe – ich zitiere –:

"(...) inwieweit das Thema Klimaschutz sowie die Einbeziehung von Hamburger Delegationsteilnehmern"

– auf Auslandsreisen –

"aus dem Bereich der Energie- und Umwelttechnologie sinnvoll integriert werden können."

(*Barbara Ahrons CDU*: Da haben Sie wohl noch nie dran gedacht)

Das Wort vom Kölner Klüngel, Frau Ahrons, das kennen wir schon. An den Hamburger Klüngel müssen wir uns erst gewöhnen oder soll ich sagen "Hamburger Hochadel", meine Damen und Herren?

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – *Bernd Reinert CDU*: Ziemlich "schaale" Töne hier!)

– Vielen Dank. Unter diesen Umständen ist es doch kein Wunder, Herr Reinert, dass das Kompetenzcluster erneuerbare Energien seit Jahren immer nur angekündigt wird und auch in diesem Bericht wiederum nur angekündigt wird. Fortschritt beim Klimaschutz sieht anders aus, meine Damen und Herren.

B Jetzt kommt noch der Clou. Jetzt will der Unternehmensverband Hafen Hamburg der UmweltPartnerschaft beitreten. Schön, es gebe ja auch genug Probleme. Aber unterzeichnet wird erst am 11. Oktober und die Fortschreibung der UmweltPartnerschaft muss auch noch ausgehandelt werden. Da liegt noch gar nichts vor. Das soll erst im März nächsten Jahres vorgelegt werden. Das, was wir hier zur Kenntnis nehmen dürfen, ist schlicht nichts, meine Damen und Herren.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Ja, dann setz Dich hin!)

Normalerweise wäre man mit einer konkret ausgehandelten Vereinbarung an die Öffentlichkeit getreten und nicht wiederum mit vagen Ankündigungen. Hier musste aber offensichtlich schnell noch etwas vorgezeigt werden und wenn es des Kaisers neue Kleider sind. Die Bilanz der letzten vier Jahre ist mager. Nur ein Beispiel: Für besonders dringlich wurde 2003 die Einrichtung eines Solidarfonds "Chemische Reinigungen" gehalten. Bodenverunreinigungen durch die Betriebe sollten erkundet und beseitigt werden. Pro Betrieb kann das nämlich immerhin 250.000 Euro kosten und das wäre für eine kleine Reinigung oder eine Wäscherei sicher viel zuviel. Helfen sollte ein sogenannter Solidarfonds. Einzahlen sollten die Umweltpartner und die Stadt. Jetzt steht in der Drucksache:

"Die Umweltpartner nehmen einvernehmlich von der Bildung eines solchen Fonds Abstand."

Von Solidarität und Partnerschaft keine Spur. Die Bodensanierungen gehen dann natürlich zulasten des Steuerzahlers, aber warum sollten auch der Flughafen oder Beiersdorf die Umweltsünden von chemischen Reinigungen beseitigen, meine Damen und Herren?

Was letztlich bleibt, sind nackte Tatsachen unter den Kleidern des Kaisers. Die großen Unternehmen werden freigeschalten, die kleinen Unternehmen haben meist das Nachsehen, für die Umwelt kommt nicht viel heraus und die Zeche zahlen wir alle. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Grundsätzlich finden wir, dass das Instrument der UmweltPartnerschaft eine sinnvolle Sache ist, aber sie hält in der Tat nicht das, was sie verspricht. Ich will das an ein paar Beispielen deutlich machen. Ich finde es erfreulich, dass die Politik im Hinblick auf die Flächeninanspruchnahme unter dem Kapitel der Hafenwirtschaft jetzt auch Eingang in die UmweltPartnerschaft gefunden hat. Aber was dabei herauskommt, mag ich noch ein wenig bezweifeln, ob da wirklich die richtigen Schritte angegangen werden. Was dort gesagt wird, klingt zunächst einmal gut. Dort steht: Große Wachstumspotenziale, insbesondere im Containerumschlag und in der Logistik sind zu realisieren. Dabei sollen zusätzliche Umweltbelastungen vermieden werden und das gelte insbesondere auch für die Flächeninanspruchnahme. Es würde darum gehen, auch eine Entkoppelung von Flächenverbrauch und Wirtschaftsleistung hinzubekommen. Dann steht dort weiter:

"Die Partner werden die Entwicklung des Indikators 'Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche' jährlich bewerten und darauf basierend den Handlungsbedarf festlegen."

Diese Formulierung war auch in der letzten UmweltPartnerschaft enthalten. Wir sehen in diesem Überblick, was in fünf Jahren passiert ist. Jetzt ist ein Smiley dahinter gemalt worden, sozusagen auf die Evaluation des Zuwachses der Siedlungs- und Verkehrsflächen. Ein lächelnder Smiley, da vermutet man zunächst einmal, es sei alles in Butter. Jetzt muss man sich aber gleichzeitig einmal das Dokument des Monitors der wachsenden Stadt angucken. Da kann man feststellen, dass wir in den letzten Jahren per annum einen Zuwachs der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 340 Hektar in Hamburg gehabt haben. Wir haben zuletzt bei Rotgrün im Jahr 2001 bei ungefähr 40 Hektar aufgehört. Man muss einfach sehen, dass eine solche Flächenpolitik, die darauf hinausläuft, insbesondere Flächen, die jetzt als Landwirtschaftsflächen ausgewiesen sind, in Logistikflächen und in Gewerbeflächen umzuwandeln, langfristig nicht machbar ist. Es ist vielleicht so, dass man das in einem oder zwei Jahren noch nicht merkt, aber die langfristige Entwicklung, jedes Jahr 350 Hektar in Gewerbe- und Siedlungsflächen umzuwandeln, ist etwas, wohinter man nicht schlicht ein Smiley machen darf, sondern da ist große Besorgnis angesagt. Hier muss dringend etwas geschehen.

(Zuruf von *Bernd Reinert CDU*: 35 Hektar!)

– Nein, 350 Hektar.

Wieso finden wir eigentlich keine konkreten Instrumente, dass dieser Flächenfraß auch im Bereich der Hafen- und Logistikflächen gebremst wird. Wie ist es mit einer weiteren Progression der Hafengebühren, denn wir müssen letztendlich auch über ökonomische Instrumente weitere Anreize zu einem flächeneffizienten Wirtschaften geben. Bei den derzeitigen Hafenflächen sehe ich nicht, wie dort

A ernsthafte ökonomische Anreize gegeben werden, mit den knappen Flächen, die wir in Hamburg und insbesondere im Hafen haben, sparsam umzugehen. Auch auf der Seite der Recyclingflächen wird gesagt, hier seien in den Jahren 2003 bis 2006 164 Hektar Recyclingflächen aktiviert worden. Da kann ich nur sagen, dass das angesichts des riesigen Zuwachses an Siedlungs- und Verkehrsflächen nicht reicht. Da bleiben netto 200 Hektar, die über die Inanspruchnahme von ehemaligen Grünflächen in Anspruch genommen werden und das ist eine wirklich besorgniserregende Entwicklung.

Zweiter Punkt: Energie- und Klimaschutz. Da wird in der UmweltPartnerschaft gesagt, die Steigerung der Energieeffizienz kann einen Beitrag leisten, um sowohl die Kohlendioxiddemissionen als auch die Kosten der Unternehmen zu reduzieren. Das bezieht sich wiederum auf den Bereich Hafen. Ich finde es gut, dass der Hafen in die UmweltPartnerschaft hineingenommen worden ist, aber wieso werden in der realen Politik die Instrumente abgeschafft, die dafür sorgen können, dass wir auch im Bereich der Schifffahrt Effizienzsteigerungen und Einsparungen von CO₂ hinbekommen. Wieso ist niemand im Senat auf die Idee gekommen – zumindest habe ich noch nichts davon gehört –, das sehr sinnvolle Instrument des Green Shippings, das wir damals eingeführt hatten, also einer Differenzierung der Liegegebühren anhand von Umweltkriterien, die die Schiffe erfüllen oder nicht erfüllen und das im Hinblick auf den CO₂-Verbrauch von Schiffen weiterzuentwickeln, um Anreize zu setzen, wirklich etwas für den Klimaschutz zu tun.

B Wie steht es mit der Förderung von alternativen Antrieben, noch sehr viel stärker als das mit einzelnen Projekten derzeit getan wird. Da fehlt mir die Konkretisierung und vor allem auch vonseiten des Senats ein deutliches in Vorleistung treten und nicht nur zu sagen, die Wirtschaft sei jetzt am Zug.

Insgesamt möchte ich noch einmal die Relationen klar rücken, wenn wir über Klimaschutz im Bereich der Unternehmen durch das Instrument UmweltPartnerschaft sprechen. Wenn gesagt wird, wir haben in der ersten Periode der UmweltPartnerschaft per annum 60.000 Tonnen CO₂ eingespart und wir aber wissen, dass wir jedes Jahr 500.000 Tonnen zusätzlich einsparen müssen, dann sind wir meilenweit davon entfernt – im Übrigen auch von dem Beitrag, den die Wirtschaft zu erbringen hat –, mit diesem Instrument der UmweltPartnerschaft unsere Klimaschutzziele ernsthaft zu erreichen. Deswegen müssen wir da noch ein paar Schuppen drauflegen. Ich meine das insbesondere auch in dem Bereich Beratung. Ich gehe durchaus mit Ihnen konform, dass der Bereich der Beratung ein ganz wichtiger ist, dass man den Unternehmen Angebote machen muss, um auch die Einsparungspotenziale zu realisieren, dort wo die Einsparung von Strom, Öl und Gas tatsächlich zur Betriebskostenminderung führt. Nur, wenn ich dann lese, dass 160 Vorberatungen durchgeführt wurden, dass nur 74 Betriebe über den Umweltcheck Umweltpartner geworden sind, wenn wir im Bereich Handwerk gerade mal 1.300 Tonnen CO₂ eingespart haben, dann muss man sagen, dass die Beratung die Betriebe noch nicht einmal annähernd in dem Ausmaß erreicht wie das der Fall sein müsste. Wir haben Tausende Betriebe in Hamburg. Der Wirtschaftssenator wird uns das noch einmal genau auseinandersetzen können und wir erreichen nur einen kleinen Bruchteil davon. Meine Kollegen aus dem Sozialbereich würden in solchen Fällen, wenn es einen Großteil von Fällen gibt,

C die durch das Netz fallen, anfangen, von aufsuchender Sozialarbeit zu reden. Ich glaube, dass wir auch im Umweltbereich sehr viel offensiver werden müssen. Wir können nicht mehr warten, bis die Unternehmen von alleine in die Umweltbehörde hineinspaziert kommen und sagen, jetzt gebt uns mal Beratung, sondern wir müssen die Beratungsangebote viel offensiver in die Unternehmen bringen und dort auch offensiver Werbung machen und sagen, hier könnt ihr einsparen, wir helfen euch beim Sparen. Dann kommen wir doch erst in die Region, dass wir wirklich in ein paar Jahren sagen können, dass es in Hamburg kein Unternehmen mehr gibt, das nicht dort, wo es nötig ist, einen Wärmecheck, einen Lichtcheck, einen Antriebscheck und einen Kältecheck gehabt hat. Wir müssen es innerhalb von wenigen Jahren schaffen, dass wir wirklich jedes Unternehmen in Hamburg erreichen, das einen nennenswerten Energieverbrauch hat und davon sind wir leider noch meilenweit entfernt. Da müssen Sie uns einmal die Instrumente vorlegen und sagen, wie Sie das schaffen wollen.

Bei den regenerativen Energien ist es leider ähnlich. Da wurde in der ersten Periode der UmweltPartnerschaft gesagt, es sollen auch Instrumente zur Marktausweitung regenerativer Energien angewendet werden, also die Anwendung von erneuerbaren Energien in Hamburg soll gefördert werden. In der Anwendung ist Hamburg leider immer noch ganz weit hinten im Ländervergleich. Alles, was da auf der Angebotsseite steht, ist, dass es Grundlagenstudien gegeben hat und ein Clustermanagement eingeführt werden soll. Auf der Maßnahmenseite steht nichts, da stehen Sie mit leeren Händen da, was die Marktdurchdringung bei erneuerbaren Energien angeht – leider.

D Schließlich muss ich sagen, dass der Senat auch ein Glaubwürdigkeitsproblem hat, wenn die Unternehmen in der UmweltPartnerschaft aufgefordert werden, im Bereich Beschaffungswesen und Einkauf vorbildlich zu sein und ich gleichzeitig höre, dass der Anteil des Recyclingpapiers unter Ihrer Ägide in den letzten Jahren dramatisch gesunken ist, dann kann ich nur sagen, dass nicht die Unternehmen etwas aufzuholen haben, sondern da muss der Senat auf jeden Fall erst einmal seine eigenen Hausaufgaben machen.

Der letzte Punkt: Das Einwirken auf die EU-Politik. Da kann ich nur sagen, wenn Sie einen Lobbyverein gründen, in dem ausschließlich Vertreter der Wirtschaft mit dem Senat zusammentreten und dann gesagt wird, das sind die Hamburger Interessen, die wir da definieren, die wir dann in Brüssel in der Umweltpolitik vertreten wollen. Nach meinem Verständnis gehören auch noch ein paar andere Partner an den Tisch, die zumindest auch mitzureden haben, wenn es um die Definition von Hamburger Interessen in der Umweltpolitik geht, denn es geht doch auch um diejenigen, die unter Umweltbelastungen zu leiden haben und die werden nicht durch die Hamburger Wirtschaft vertreten, sondern durch die Umweltverbände, durch die Betriebsräte und die Gewerkschaften. Insofern können wir uns es nicht länger leisten, einen Exklusivclub zu haben, der letztlich darauf hinwirken soll, dass die Umweltauflagen in Brüssel nicht so scharf ausfallen. Das ist, glaube ich, ein falsches Verständnis von Umweltpolitik. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Monika Schaal SPD)

A **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich begrüße es, wenn Herr Maaß sagt, dass das im Ansatz richtige Wege sind. Dieses Urteil teile ich. Ich halte es für richtig, was wir mit der Umweltpartnerschaft eingeleitet haben. Wenn ein Oppositionsabgeordneter dann aber sagt, es muss ein bisschen mehr sein, dann gehört das einfach zu den Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie dazu. Deswegen, Herr Maaß, ist Ihre Rede auch richtig einzuordnen.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL*: Das müsste sehr viel mehr sein!)

Allerdings mag ich Ihnen nicht folgen, wenn Sie auf unser Angebot, wir würden uns auch in Brüssel für die Belange der Unternehmen einsetzen, sagen, dass dieses eine Lobbypolitik sei.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Ja, was denn sonst!)

– Je nachdem, wie man das Wort Lobby definiert, ist es ein positives Einsetzen für die Unternehmen. Frau Schaal hatte das auch kritisch angeführt. Wir wollen eine Umweltpartnerschaft – so heißt es – mit den Betrieben, nicht gegen die Betriebe. Da heißt es, dass man auch den sachverständigen Rat der Unternehmen, die durch irgendwelche Maßnahmen aus Brüssel betroffen sind, mit einbezieht.

Frau Schaal, ich möchte Ihre Rede als Ganzes völlig zurückweisen. Es geht nicht, wie Sie sich über die hamburgischen Unternehmen äußern.

(*Barbara Ahrns CDU*: Das ist unglaublich!)

Dieses trifft nicht den Kern der Realität.

(Beifall bei der CDU)

So abfällig, wie Sie über die Unternehmen gesprochen haben, die in Hamburg dafür sorgen, dass wir neue Arbeitsplätze schaffen. Wir haben gerade wieder sehr gute Zahlen über die Arbeitsmarktentwicklung bei uns in Hamburg zu verzeichnen gehabt. Das ist auch ein Ergebnis des Stils im Umgang mit den Unternehmen. Frau Kollegin, Sie sollten sich davon einiges zu Herzen nehmen, dass wir mit den Unternehmen gemeinsam etwas Positives erreichen wollen. Ich will jetzt nicht alle Unternehmer aufrufen, Frau Schaal, Ihre Rede einmal nachzulesen, aber es würde sicherlich manch einem die Augen öffnen. Es ist absolut falsch, wenn Sie sagen, die haben kein eigenes Interesse, sondern es muss eingeraumt werden, dass natürlich inzwischen auch die Unternehmen ein Interesse daran haben, eine sorgfältige Umweltentwicklung bei uns in Hamburg oder in ganz Deutschland zu verfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die kritischen Aspekte, die jede Oppositionspartei verfolgt, einmal aus den Reden herausstreich und sich auf den Kern konzentriert, so wie es der Kollege Böttcher gemacht hat, dann kann man feststellen, dass dieses ein großer Erfolg ist, was wir in den letzten Jahren erreicht haben. Wir haben inzwischen 417 Unternehmen, die in dieser Partnerschaft mitmachen. Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis. 960 Unternehmen nahmen seit 2002 Angebote des Programms in Anspruch und haben viel Geld investiert. Das Nächste ist, dass wir sehr konkrete Zahlen haben. Herr Maaß, wir haben über 200.000

Megawattstunden Energie eingespart, 64.000 Tonnen Kohlendioxidedmissionen vermieden, 585.000 Kubikmeter Trink- und Grundwasser eingespart und über 25.000 Tonnen Abfall- und Chemikalieneinsatz vermieden. Das sind Zahlen, über die wir uns freuen können. Ich bitte auch die Opposition, dieses als positive Zahlen nach draußen zu tragen, denn das gibt Ansporn bei den Unternehmen, sich noch mehr für die Belange des Umweltschutzes einzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Aber das Wichtigste ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir mit diesem Programm Umweltbewusstsein in die Unternehmen hineingetragen haben. Viele Unternehmen haben die Erkenntnis gewonnen, dass Gewinnverbesserung, Ertragsverbesserung und Ökologie Hand in Hand gehen können. Es ist erstaunlich, was an Ertragsverbesserungen im Rahmen dieses Programms erreicht werden konnte. Jährlich werden 7,5 Millionen Euro Betriebskosten in den Unternehmen vermieden. Meine Damen und Herren, das ist gut für die Ökologie, das ist gut für die Betriebe und das ist gut für die Arbeitsplätze, die dadurch sicher werden. Insofern ist dieses Programm ein Erfolg, den keiner kleinreden sollte.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Nur, um sich bei den Unternehmen zu entschuldigen!)

Dr. Monika Schaal SPD:* –Ich glaube, ich habe mich bei niemandem zu entschuldigen, Herr Hesse, sondern ich möchte einmal klarstellen, dass ich diese Anwürfe, Herr Uldall, leider nicht auf mir sitzen lassen kann, denn Sie hätten richtig zuhören sollen. Die Unternehmen in Hamburg sind spitze. Das ist klar. Die Unternehmen, die sich in der UmweltPartnerschaft organisieren, sind allemal noch mehr spitze, angefangen von der Norddeutschen Affinerie, über Beiersdorf, über den Flughafen, über die Bäckerei Effenberg. Das Who is Who der umweltorientierten Betriebe ist beachtlich, aber es sind viel zu wenige, Herr Uldall. Die Kritik richtet sich dabei gegen Sie, denn es ist doch schizophren, wenn Sie den Unternehmen über die Kammern und auch selber suggerieren, wir gehen nach Brüssel, wir gehen nach Berlin, wir machen euch alles weg, was euch irgendwo behindert und im gleichen Atemzug von den Unternehmen verlangen, dass sie das, was Sie ihnen per Gesetz vom Hals halten, freiwillig machen und sich dazu verpflichten. Das ist doch schizophren, das begreift doch kein Mensch. Hier müsste eine klare Haltung eingenommen werden. Es ist doch auch so, dass es für die Unternehmen viel besser ist, wenn Vorgaben gemacht werden. Bei den Selbstverpflichtungen wissen wir aus der Automobilindustrie, dass das wie Mikadospielen ist. Wer sich zuerst bewegt und was tut, hat schon verloren.

(*Ingo Egloff SPD*: Das ist Beamtenmikado!)

Wenn es klare Vorgaben für die Industrie gibt, wissen alle, was sie machen sollen und dann wird das auch erledigt und gemacht. So bringt man dann auch eine Volkswirtschaft dazu. Aber diese Mär, dieser Mythos vom freiwilligen Selbstverpflichten hat sich doch in der Automobilbranche entlarvt. Wir sehen doch auch in der UmweltPartnerschaft, dass es nicht funktioniert. Wenn

C

D

A Sie ehrlich sind, Herr Uldall, dann müssen Sie auch zugeben, dass bei den 391 Umweltpartnern auch die Schornsteinfegerinnung dabei ist. Dann haben Sie praktisch nur noch ein paar Hände voll engagierter Unternehmensführer, die sich für die Umwelt engagieren. Ich will nichts gegen die Schornsteinfeger sagen, aber die sind durch ihren Beruf und ihre Gewerke ...

(*Ingo Egloff SPD: Das sind wenigstens anständige Schwarze!*)

– Das sind anständige Schwarze, genau, und die engagieren sich natürlich für die Umwelt durch ihren Beruf. Das gehört ja dazu und ist auch richtig, dass das so ist. Die tragen auch viel dazu bei, dass die Hausbesitzer Ihre Heizungen in Ordnung bringen lassen, aber das verzerrt doch im Prinzip den Eindruck, den Sie erwecken wollen, dass die UmweltPartnerschaft mit ihren freiwilligen Selbstverpflichtungen den Umweltschutz in dieser Stadt voranbringt. So kommt er nicht voran. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Böttcher.

Niels Böttcher CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Schaal, Sie haben nichts verstanden. Wenn Sie so argumentieren, müssen Sie ganz klar sagen, dass Sie nicht auf Partnerschaft, sondern auf Verordnungen setzen und das wieder diktieren. Der Charme dieser UmweltPartnerschaft ist ja gerade die Freiwilligkeit und sind nicht die Gesetze, sondern die Win-Win-Situation, dass die Betriebe gelernt haben, dass man mit Umweltschutzmaßnahmen auch Gewinn erzielen kann.

Das muss sich herumsprechen und dafür müssen wir werben. Herr Maaß, Sie haben recht, dass das noch zu wenig ist und wir noch mehr machen müssen. Wenn man das aber die ganze Zeit schlechtredet, kann man die Betriebe nicht davon überzeugen, da noch weiterzumachen.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal feststellen, dass es, glaube ich, nicht ein Entweder-oder geben kann, entweder Ordnungsrecht oder freiwillige Selbstverpflichtung. Wir brauchen sowohl das eine als auch das andere. Das kann gar nicht anders sein. Auf Landesebene ist es naturgemäß so, dass uns dort auf Verordnungsebene die Hände weitgehend gebunden sind, dass wir deswegen gucken können, wie wir die Unternehmen unterstützen können, freiwillig das zu tun, was der Umwelt und den Unternehmen nützt.

Sie haben mich ein wenig missverstanden, wenn Sie sagen, es wäre im Prinzip das Gleiche, aber nur ein bisschen mehr. Wir müssen doch tatsächlich sehen – und wir haben da ein richtiges Problem –, dass wir nicht nur ein bisschen mehr machen müssen, sondern dass wir das Problem beseitigt bekommen, dass wir derzeit die Unternehmen mit den Beratungsangeboten nur im Promillebereich erreichen. Das heißt, wir haben wahrscheinlich nicht genug Personal, um diese Angebote machen zu können und nicht genug Mittel, um die Energieberater in die Unternehmen zu schicken. Wir müssen uns auch ein

institutionelles Set-Up überlegen, wie wir es schaffen können, solche Angebote an die Unternehmen zu machen, die dann auch wirklich bereitwillig abgenommen und wahrgenommen werden. Da höre ich nichts, außer dass es schön ist, dass wir das Gleiche wollen wie Sie, nur ein bisschen mehr. Da müssen Sie sich doch einmal überlegen, wie man mit der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer zusammen eine Institution schaffen kann, die es auch wirklich schafft, jedes Jahr Hunderte und in den nächsten Jahren vielleicht sogar Tausende Energieberatungen in den Unternehmen durchzuführen, eine Institution also, die dann diesen Quantensprung hinbekommt, denn nur mit dem wird es uns gelingen, die 40 Prozent CO₂-Einsparung bis zum Jahre 2020 überhaupt zu erreichen.

Das bekommen wir nicht hin mit diesem Klein-Klein und wir warten mal bis die Unternehmen vor der Tür stehen. Da verlange ich von Ihnen eine klare Antwort und nicht nur diese Selbstbewähreräucherung. Das wäre schön.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Punkt 27 der Tagesordnung, Drs. 18/6972, Antrag der SPD-Fraktion: Qualität der Pflege sichern – Landesheimgesetz in Hamburg auf den Weg bringen.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Qualität der Pflege sichern – Landes-
heimgesetz in Hamburg auf den Weg
bringen
– Drs. 18/6972 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 18/7053 ein Antrag der GAL-Fraktion vor.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Mit dem neuen Heimgesetz die Pflege-
qualität verbessern und neue Betreu-
ungsformen sowie Transparenz schaf-
fen!
– Drs. 18/7053 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Sozialausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Brinkmann bitte.

Petra Brinkmann SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem die Föderalismusreform in Kraft getreten ist, ist der Weg für eine Reform des Heimgesetzes auf Landesebene frei. Das, Frau Bürgermeisterin, gibt Ihnen die Chance, wichtige Pflegekriterien festzuschreiben.

Die SPD-Fraktion hat den Antrag zum Heimgesetz eingebracht, weil wir im Gegensatz zu Ihnen, Frau Bürgermeisterin, und zu der CDU-Fraktion, die immer alles schön- und gutreden wollen, der Meinung sind, dass in der Pflege nicht alles in Ordnung ist.

Natürlich gibt es in Hamburg viele Pflegeheime, in denen eine qualitativ hochwertige Pflege stattfindet, aber auch dort wird über die Überlastung des Personals und schlechte Arbeitsbedingungen geklagt.

C

D

A Uns geht es daher darum, dass diese Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen und genauer vorgeschrieben wird, welche Qualitätsstandards vorgesehen werden müssen, um besser und transparenter kontrollieren zu können.

Die SPD-Fraktion hat in ihrem Antrag die Punkte aufgeführt, die uns besonders wichtig sind und von denen wir meinen, dass diese Punkte Voraussetzung für eine gute Pflege sind.

Zunächst einmal sind wir der Auffassung, dass die Begriffe Pflege, Qualität der Pflege und Fachkraft neu definiert werden müssen. Die bisherigen Berufsbegriffe haben sich weiterentwickelt, lassen aber andere Professionen in dem Bereich nicht zu, die zukünftig in diesem Bereich unbedingt mit einbezogen werden müssen. Ich spreche hierbei von Ergotherapeuten, Physiotherapeuten, Geriatern und so weiter.

Ganz wichtig ist auch, dass die Mitwirkungsrechte der Bewohnerinnen und Bewohner gestärkt werden. Die Mitwirkung bezieht sich auf die Bereiche Unterkunft, Betreuung, Heimordnung, Verpflegung und Freizeitgestaltung, also auf die Ausgestaltung des alltäglichen Lebens.

Bei der Unterbringung im Heim möchte ich gleich den Punkt des Einbettzimmers ansprechen, weil der mir persönlich unabdingbar erscheint. Es ist mit der Würde der Menschen nicht vereinbar, dass jemand auf Dauer mit allen seinen körperlichen Gebrechen im Alter sowie seinem persönlichen Schamgefühl mit einer ihr oder ihm unbekannten Person auf engstem Raum – 18 Quadratmeter sind heute Standard – zusammenleben muss. Der Anspruch auf ein Einzelzimmer darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein,

(Beifall bei der SPD)

sondern muss sich dem Wunsch der zu Pflegenden beugen.

Die Aufgaben der Heimaufsicht müssen von den Aufgaben des MDK, des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung, klar getrennt werden. Wenn es schon so wenig Personalstellen bei der Heimaufsicht gibt, muss klar geregelt sein, was der MDK zu leisten hat und wofür die Heimaufsicht zuständig ist. Die heutzutage immer wieder stattfindenden Doppelkontrollen dürfen zukünftig nicht mehr sein.

Die gesetzlichen Regelungen für Menschen mit Behinderung und der stationären Altenhilfe sollten getrennt werden. Bisher waren die Heime in diesen Bereichen einheitlich geregelt, aber die Aufgabenfelder sind unserer Meinung nach so unterschiedlich, dass wir uns zukünftig nur eine Trennung vorstellen können.

Die alternativen Wohnformen, die wir in der letzten Diskussion angesprochen haben und die Sie auch alle wollen, bedürfen eigenständiger Rahmenbedingungen und einer Qualitätssicherung. Hier muss auch überprüft werden, ob es zukünftig möglich sein kann, dass verschiedene Dienstleistungen, nämlich Wohnen und Pflege, aus einer Hand angeboten werden dürfen, was zurzeit verboten ist.

Die bis jetzt angesprochenen Punkte beziehen sich fast ausschließlich auf die stationäre Pflege. Pflege findet aber auch in Einrichtungen der Kurzzeit- und der Tagespflege statt sowie darüber hinaus auch ambulant. Daher gilt es, dass neue gesetzliche Bestimmungen die Schutz-

bedürfnisse aller zu Pflegenden im Auge haben. Hierfür benötigen wir eine Veränderung des Verbraucherschutzgesetzes.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Veränderung des Verbraucherschutzgesetzes muss eine Stärkung der Beratung einhergehen. Wie finde ich den richtigen Heimplatz? Wer hilft mir bei dem Problem mit den Leistungsanbietern? Wer hilft mir, eine gute Finanzierung zu finden? Alles das sind Fragen, die auf ältere Menschen zukommen und die dann, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, vor der schwierigen Entscheidung stehen, das richtige Heim für sich zu finden.

Daher begrüßt die SPD-Fraktion den Vorschlag von Ulla Schmidt, mit der Regulierung des Pflegegesetzes in allen Bezirken Pflegestützpunkte einzurichten.

(Barbara Ahrons CDU: Wer soll das bezahlen?)

– Die Bezahlung wird auf Bundesebene geregelt, Frau Ahrons. Wenn das vielleicht auch nicht zu Ihrem Aufgabenbereich gehört, sollten Sie sich das wenigstens einmal anhören.

(Beifall bei der SPD)

Die GAL-Fraktion hat einen Zusatzantrag eingebracht, den wir annehmen werden, da fast alle Punkte mit den unsrigen übereinstimmen. Eine neue Beschwerdestelle einzurichten, halten wir allerdings für zu viel Bürokratie, denn wir haben bereits das Pflegetelefon. Danach kann man auch Beschwerden vernünftig bearbeiten und auflisten.

Sie sehen, es gibt eine Vielzahl von Punkten, die im Heimgesetz neu geregelt werden sollten. Wir versprechen uns hiervon eine Verbesserung der Pflege und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Personal, was dann den älteren Menschen wieder zugute käme.

Frau Bürgermeisterin, es hat keinen Sinn, die Veränderung des neuen Heimgesetzes auf die lange Bank zu schieben, was auch aus unserer Kleinen Anfrage 18/6924 hervorgeht. Wir wissen, dass das bundesweit geltende Heimgesetz so lange gilt, bis es vom Landesgesetz abgelöst wird. Nur die vielen Eckpunkte, die ein Landesgesetz beinhalten sollte, machen doch deutlich, welche Schwachpunkte in dem bestehenden Gesetz liegen, die zum Teil eine schlechte Pflege zulassen.

Es muss unser Ziel sein, die Situation in der Pflege aller Menschen, die darauf angewiesen sind, zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Also, Frau Bürgermeisterin, packen Sie es an!

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Brinkmann, ich glaube, mit dem Ziel sind wir uns einig, denn auch wir wollen, dass die Pflege für die Betroffenen verbessert wird. Hierüber besteht gar kein Dissens.

Hinsichtlich der Pflege, die Sie eingangs angesprochen haben, kann ich nur betonen, dass Hamburg meiner Auffassung nach sehr gut aufgestellt ist. Wenn Probleme

A oder Schwachpunkte auftreten, schauen wir nicht weg, sondern versuchen, diese auch zu lösen. Daher sind wir auch für Anregungen seitens der Opposition immer dankbar. Es ist nicht alles Schall und Rauch, wie es manchmal dargestellt wird, sondern wir sind hier durchaus in der konstruktiven Diskussion.

Ganz wichtig ist – und hier sind wir uns auch einig – dass wir als Hamburger die Chance nutzen wollen, die sich durch die Föderalismusreform im Hinblick auf die Änderung des Bundesgesetzes ergeben hat. Was die Überschrift Ihres Antrages "Landesheimgesetz auf den Weg bringen" betrifft, kann ich die erfreuliche Mitteilung machen, dass dieses Gesetz bereits auf dem Weg ist. Die entsprechenden Eckpunkte werden bereits mit den beteiligten Verbänden erörtert. Daher ist Ihr Antrag an sich entweder zu früh oder als erledigt zu betrachten.

Wie bereits ausgeführt, wollen wir in Hamburg die Chance nutzen und das Heimgesetz weiterentwickeln. Wir wollen das Heimrecht modernisieren und entbürokratisieren. Das soll aber gemeinsam mit den Seniorenvertretungen, den Selbsthilfeverbänden, den Praktikern und den Fachleuten aus der Praxis geschehen. Daher ist es wichtig, dass eine transparente und nachvollziehbare Diskussion und Erörterung mit den Betroffenen stattfindet. Das ist in meinen Augen gelebte Demokratie.

Ziel ist ein gut durchdachter und auch mit den anderen Bundesländern koordinierter Gesetzentwurf. Hier ist jetzt kein Schnellschuss aus der Hüfte notwendig – mit dem alten Gesetz sind wir auch klargekommen –, sondern wir sollten uns die Zeit nehmen, um einen guten Gesetzentwurf hinzubekommen. Ich würde mich freuen, wenn am Ende der Diskussion ein gemeinsam getragener Entwurf steht, mit dem wir alle dann sicherlich im Konsens auskommen können.

(*Michael Neumann SPD: Gute Rede!*)

Ich bin der Meinung, dass wir bei diesem Thema keinen Sozialpopulismus benötigen. Unser Ansatz ist, dass wir zunächst einmal mit den Betroffenen einen guten Entwurf erarbeiten und nicht einfach von oben verordnen. Ich denke, dass es ein sinnvolles Verfahren ist, erst einmal zuzuhören und das Ergebnis dieser offenen Diskussion abzuwarten. Hierbei ist es wichtig, dass die Menschen auf ein gutes Verfahren vertrauen können und die Sorgen, dass der erreichte Standard irgendwie verloren gehen könnte, unbegründet sind.

Zum Antrag der GAL möchte ich noch kurz Folgendes ausführen. An sich sind neue und bestehende Wohnformen im ambulanten und stationären Bereich bereits berücksichtigt. Und ausgehend vom konkreten Schutzbedarf ist eine Aufhebung der Trennung zwischen dem ambulanten Bereich und dem stationären Heim auch geplant.

Frau Brinkmann, Sie sprachen das Thema der Mitwirkung der Heimbeiräte an. Dieser Punkt ist auch in Ihrem Antrag enthalten. Das liegt uns auch sehr am Herzen und hierüber gibt es überhaupt keinen Dissens. Bei dieser Gelegenheit muss einmal ausdrücklich betont werden, dass die Heimbeiräte exzelle Arbeit leisten, worauf keiner von uns verzichten möchte. Im Gegenteil, dieser Bereich sollte eher noch verbessert werden.

Was das Thema Vertragsrecht anbelangt, gibt es nach meinen Informationen zurzeit zwischen dem Bund und den verschiedenen Ländern noch Klärungsbedarf. Hin-

C sichtlich Förderung neuer Wohnformen hat Hamburg als erstes Bundesland bereits 2005 eine Koordinationsstelle eingerichtet, was eine gute Sache ist. Insofern sehe ich Ihren Antrag ansatzweise als erfüllt an, da die geforderten Dienstleistungen bereits teilweise angeboten werden.

(*Petra Brinkmann SPD: Anders finanziert!*)

Ich möchte eine Frage ganz sachlich an die SPD richten. Mir erschließt sich nicht ganz, warum wir zwei Gesetze benötigen.

(*Doris Mandel SPD: Das können wir ja dann im Ausschuss besprechen!*)

Ich habe mir den Antrag gründlich durchgelesen und auch darüber nachgedacht, warum man ältere Menschen und Behinderte vom Gesetz her trennen soll. Wenn es dort Dinge gibt, die anders geregelt werden müssen, kann man vielleicht überlegen, ob man die verschiedenen Anforderungen innerhalb der Paragrafen eines Gesetzes besonders berücksichtigt. Hierüber könnte man vielleicht im Rahmen der Erörterung oder nach dem Ergebnis der Diskussion nachdenken.

Ich persönlich bin aber der Meinung, dass wir eigentlich nicht für alles ein Spezialgesetz haben müssen, sondern ich finde den Ansatz – auch für die Betroffenen – besser, eine verständliche Regelung bei weniger Gesetzen zu haben. Oft ist es so, dass Alter und Behinderung im Laufe der Zeit zusammenkommen. Daher bleibt auch die Frage, ob man das trennen sollte. Ich bin der Meinung, dass man hierüber einfach noch einmal nachdenken

(*Petra Brinkmann SPD: Das machen wir gern mit Ihnen im Ausschuss!*)

D und vielleicht auch die Ergebnisse erst abwarten sollte.

Wie geht es weiter? In dieser Legislaturperiode schaffen wir den Gesetzentwurf nicht mehr. In der nächsten Legislaturperiode wird ein Gesetzentwurf fertig sein, den wir dann mit Ihnen gern diskutieren würden.

In der jetzigen Phase wünschen wir uns zunächst einmal eine intensive Diskussion mit den Betroffenen und ich bin fest davon überzeugt, dass bei unserer Bürgermeisterin und Sozialsenatorin das Thema in dieser und auch in der nächsten Legislaturperiode in guten Händen ist.

(*Beifall bei der CDU*)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, das Heimgesetz muss reformiert sowie überarbeitet werden und es ist doch Aufgabe der Opposition, daran mitzuwirken und Vorschläge zu unterbreiten. Von daher kann ich nicht verstehen, wieso das auf Kritik stößt. Es ist doch gut, wenn sich die SPD hierzu Gedanken macht.

(*Petra Brinkmann SPD: Sie doch auch!*)

Natürlich machen auch wir uns zum Heimrecht Gedanken. Wir haben nicht nur auf Bundesebene mehrfach mit allen Länderkolleginnen und -kollegen zusammengesessen, sondern uns auch extern Sachverständ eingeholt. Von daher finde ich es sehr wichtig, wenn wir dieses Thema im Ausschuss besprechen und ich würde mich freuen, wenn wir diesen Antrag überweisen.

A (Beifall bei der GAL und der SPD)

Es kann nicht angehen, Herr von Frankenberg, dass Sie hier erklären, dass es bereits eine entsprechende Koordinationsstelle gibt und damit alles in Ordnung ist.

Es gibt sogenannte Heim-Zwischenstufen oder beispielsweise Wohnungen, in denen jemand Zimmer untervermietet und eine oder mehrere Personen pflegen möchte. Es gibt alles Mögliche an Zwischentypen und es gibt auch Wohngemeinschaften. Das alles muss rechtlich abgesichert werden. Es muss so abgesichert werden, dass eine Betreibung legal ist. Aber es muss garantiert sein, dass diejenigen, die dort gepflegt werden, auch den Schutz des Staates und eine gesicherte Qualität haben. Das dürfen wir keinesfalls ausklammern. Hierfür braucht das Heimrecht ganz klare Regelungen, die geschaffen werden müssen. Darüber sollten wir nachdenken.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir müssen auch mehr über Professionalität sprechen. Es geht nicht nur darum, dass wir eine Fachkraftquote im Pflegebereich haben, sondern wir benötigen auch Heilpädagoginnen und Heilpädagogen oder Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten. Wenn wir im Bereich der Pflege über Reha-Gedanken und Prävention sprechen – und nicht, wie Frau Koop das letzte Mal ausführte, dass Heime Orte sind, in denen man auf den Tod wartet – dann sollten wir gerade dieses ganz explizit mit einbeziehen und auch im Heimgesetz mit festschreiben. Ganz wichtig ist auch, im Heimgesetz eine transparente und interessenenunabhängige Beratung mit entsprechender Information festzuschreiben. Auch das muss geleistet werden.

B

Nun schauen wir mal für einen Moment nach Berlin. Dort sitzt eine große Koalition, die an einem Entwurf zur Pflege-reform arbeitet. Wenn wir dort unter Transparenz nachsehen, versteht man darunter 10 Prozent unangekündigte Heimbesuche. Fordern wir das als Transparenz? Nein, eigentlich nicht. Solange Pflege immer noch den Ruf hat, dass es auch Misspflege gibt, sollten wir auch zusehen, dass der Referentenentwurf in Berlin in diesem Bereich abgeändert wird.

Kommen wir zum SPD-Antrag. Behinderung und Pflege können nicht getrennt werden – Herr von Frankenberg hat das soeben auch angesprochen –, denn teilweise gibt es fließende Übergänge und teilweise sind die Leute im selben Heim untergebracht. Das kann also nicht strikt getrennt werden, denn dann haben wir wirklich einen riesigen bürokratischen Aufwand. Das haben wir lange auf Länderebene diskutiert. Wir sind der Meinung, dass häufigere Kontrollen und eine bessere Beratung in den Heimen förderlicher sind, anstatt Prüfungen durch viele verschiedene Einrichtungen und Institutionen. Wir werden daher diesem Punkt im SPD-Antrag nicht zustimmen können.

Ich komme noch einmal zum Referentenentwurf in Berlin. Was mich hieran sehr ärgert, ist, dass wir immer von einer unabhängigen und neutralen Beratung sprechen. Aber wenn wir die Beratung an die Kassen angliedern, glauben wir dann wirklich ehrlich, dass sie dann neutral und unabhängig ist? Ich würde diese Frage mit nein beantworten.

Dann wird im Referentenentwurf der Großen Koalition in Berlin von Pflegebegleitern gesprochen. Das klingt gut. Aber wenn dann eine Pflegebegleiterin für 100 Pflegebe-

dürftige und ihre Angehörigen zuständig ist, die diese Menschen dann individuell begleiten soll, was sehr zeitaufwendig ist, dann stelle ich mir die Frage, ob dieses Papier wirklich ein großer Wurf wird oder ob das Klein-Klein ist und den Leuten doch nicht hilft. Ich bin der Meinung, dass auch hier nachgearbeitet werden muss.

C

Aber wirklich enttäuscht hat mich der Referentenentwurf in dem Punkt, dass es zehn Tage mickrig bezahlten Lohnausgleich gibt, um die Pflege von Angehörigen auf die Reihe zu bekommen. Ich habe zwei Freundinnen, die gerade die Pflege für ihre Familien klären müssen und sie rutschen quasi auf dem Zahnfleisch. Sie haben die ganzen Sommerferien damit zugebracht, um Umzüge oder Pflegeplätze zu regeln. Nebenbei haben sie aber auch noch Familie und einen Job. Die CDU will jetzt hierfür zehn Tage genehmigen. Andere, wie beispielsweise die SPD, fordern sechs Monate, aber unbezahlt.

Hier muss ich mir doch die Frage stellen, ob sich dann nur noch Besserverdienende die Pflege für ihre Angehörigen leisten können? Können dann die Angehörigen sie gut betreuen? Ist es das, was wir wollen? Nein, ich denke, wir können einen längeren Zeitraum schaffen, aber dann bitte auch bezahlt und für alle. Es kostet Geld, wenn wir die Pflege für unsere Angehörigen oder Eltern und Großeltern gut geordnet auf die Reihe bekommen wollen. Aber das müssen uns diese älteren Menschen wert sein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kienscherf.

D

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Gregersen, wir sind Gott sei Dank in der Hamburgischen Bürgerschaft und nicht im Bundestag. Von daher tun wir ganz gut daran, wenn wir uns erst einmal auf die Hamburger Verhältnisse konzentrieren.

Herr von Frankenberg, Ihre Rede hat mich ein wenig überrascht, da Sie ansonsten immer wenig angetan von unseren Ausführungen sind. Beispielsweise haben Sie uns gestern vorgeworfen, dass wir unfair seien. Heute waren Sie tatsächlich etwas zurückhaltender. Nichtsdestotrotz gab es in Ihren Ausführungen ein paar Punkte, auf die es sich lohnt, noch einmal einzugehen.

Zum einen haben Sie gesagt: Was wollen Sie eigentlich, wir sind auf dem Weg, ein entsprechendes Heimgesetz vorzubereiten. Hier muss ich Ihnen entgegnen, dass im Gegensatz zu anderen Bundesländern, in denen das Ganze bereits präsentiert worden ist, Hamburg mal wieder hinterher hängt. Das ist letztendlich der Skandal.

(Beifall bei der SPD)

Auch in diesem Bereich hat die Sozialsenatorin wieder einmal versäumt, entsprechend frühzeitig – die Föderalismusreform ist nicht überraschend gekommen – dieses Problem aufzugreifen und entsprechende Regelungen zu treffen. Das haben Sie versäumt und hierzu müssen Sie stehen.

Ich finde es auch angebracht, dass sich ein Landesparlament mit dieser Thematik beschäftigt. Wir haben in einer Kleinen Anfrage nachgefragt, wie es zum Thema Heimgesetz aussieht. Daraufhin hat doch der Senat relativ lapidar mitgeteilt, dass er sich hierzu noch nicht äußern könne, weil er sich damit noch nicht befasst habe.

- A Man solle abwarten, irgendwann kommt das Gesetz schon.

Der Medizinische Dienst hat festgestellt, dass es heute die Probleme in der Stadt gibt. Heute werden Menschen nicht richtig gepflegt und diese Menschen benötigen heute eine Verbesserung ihrer Lage. Von daher brauchen wir relativ schnell ein Heimgesetz.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht darum, Herr von Frankenberg, liebe CDU-Fraktion und liebe Sozialsenatorin, sich zurückzulehnen und das Ganze auszusetzen. Sie sind gefordert, mit uns gemeinsam hier im Parlament dieses Thema zu beraten. Wir können Sie nur noch einmal auffordern, unseren Antrag, aber auch den Antrag der GAL, der in der Tat gute Vorschläge beinhaltet, zu überweisen und dann können wir doch inhaltlich diskutieren.

(Michael Neumann SPD: Genau!)

Dann können wir darüber diskutieren, Herr von Frankenberg, warum Sie sagen, dass alles eigentlich wunderbar ist, während der Medizinische Dienst gerade das Gegen teil festgestellt hat. Wir können dann darüber diskutieren, warum bei der Bewertung der Pflegesituation immer noch nicht Angehörige und Pflegebedürftige mit einbezogen werden. Das hat die Senatorin abgelehnt, obwohl ein Gutachten, was sie selbst in Auftrag gegeben hat, letztendlich als Ergebnis festgestellt hat, dass das wichtig ist. Wir sagen Ihnen: Nehmen Sie die Pflegebedürftigen und die Angehörigen in dieser Stadt ernst, die viel dazu beitragen können, dass die Situation besser wird.

(Beifall bei der SPD)

Dann geht es natürlich noch um die Ängste der Menschen, die Frau Brinkmann angesprochen hat, nämlich, wie es denn zukünftig mit der Einzelzimmerquote oder mit der Fachkraftquote aussieht. Diese Befürchtungen müssen wir doch ernst nehmen und in einem solchen Heimgesetz letztendlich aufnehmen. Eines können wir Ihnen jetzt bereits versprechen: Den Weg, den die Sozialsenatorin und Sie bisher gegangen sind, die Pflege nur als Ware anzusehen und sie den freien Kräften des Marktes zu überlassen, werden wir Sozialdemokraten nicht mitgehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir erklären ganz deutlich: Wir wollen den flexiblen Markt, aber wir wollen klare Spielregeln, ähnlich wie gestern beim Thema Mindestlohn. Wir wollen, dass gewisse Qualitätsansprüche allen Menschen zugute kommen und nicht nur denen, die viel Geld besitzen.

Daher fordern wir Sie nicht mit einem "Weiter so" auf, sondern wir fordern Sie auf, gemeinsam mit uns im Ausschuss über dieses Thema zu diskutieren, und zwar engagiert zu diskutieren. Wir dürfen es nicht als qualvolles Thema begreifen, was wir einfach so abhandeln können. Sie selbst müssen initiativ werden. Sie haben die letzten sechs Jahre nichts auf die Reihe bekommen, vielleicht schaffen Sie es hier einmal. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Große Rede!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Frau Brinkmann hat das Wort.

Petra Brinkmann SPD: Meine Damen und Herren! Ich habe nur zwei Fragen an den sozialpolitischen Sprecher der CDU, den ich hier bei der Debatte vermisst habe.

(Michael Neumann SPD: Wer ist denn das eigentlich?)

– Hallo, Herr Schira, es ist nett, dass Sie hereingekommen sind. Ich möchte Sie bitten, hier nach vorn zu kommen, um mir folgende Fragen zu beantworten.

Erstens: Nach dem Wortbeitrag von Herrn von Frankenberg, der deutlich gemacht hat, welche Einigkeit es in vielen Punkten der Fragen gibt, möchte ich wissen, warum Sie diesen Antrag ablehnen.

Zweitens: Wenn Sie wie Herr von Frankenberg, der gern einiges von mir erklärt haben wollte, Nachfragen haben, deren Beantwortung ich aber hier nicht zulasten von Herrn Ohlsen, der sich sowieso immer beschwert, dass alles so lange dauert, vornehmen möchte, würde ich gern wissen wollen, warum unser Antrag nicht an den Ausschuss überwiesen wird.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr von Frankenberg, da Sie aufgestanden sind, denke ich, dass es eine Wortmeldung werden soll. – Okay, dann haben Sie das Wort.

Egbert von Frankenberg CDU: Die Fragen sind schnell beantwortet. Ich habe vorhin bereits ausgeführt, dass wir zurzeit in Gesprächen mit den Verbänden sowie den Betroffenen sind und in der nächsten Legislaturperiode reden wir im Ausschuss mit Ihnen und den anderen Fraktionen, die hier vertreten sind über das Heimgesetz.

(Petra Brinkmann SPD: Aber nicht mit mir!)

– Gut, aber das ist die Antwort.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Gregersen.

Martina Gregersen GAL: Ich hätte in der Tat natürlich auch gern einmal in den letzten Jahren den pflegepolitischen Sprecher der CDU gehört.

(Michael Neumann SPD: Wer ist denn das?)

Aber gut, das passiert nun nicht. Herr von Frankenberg, dann spreche ich Sie an.

Sie schieben das Ganze jetzt wieder nach hinten und wir fangen dann vielleicht irgendwann im April, wenn sich alles konstituiert hat, wieder an, für die Pflege und das Heimgesetz zu arbeiten. Das finde ich sehr misslich. Genauso war es bei der großen Koalition in Berlin, die 2007 eine Pflegereform vornehmen wollte, die es bisher nicht gibt.

Wann wollen wir endlich anfangen, für die älteren Menschen etwas zu unternehmen? Man kann nicht immer alles ignorieren und nach hinten verschieben. Man kann sich doch auch nicht immer nur nach den Befindlichkeiten der Koalition in Berlin richten. Man sollte sich nach den Bedarfen und Bedürfnissen der älteren Leute richten.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

A Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6972 und 18/7053 an den Sozialausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen. Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drs. 18/6972. Die GAL-Fraktion möchte Ziffer 2 des Antrags und dort die einzelnen Spiegelstriche separat abstimmen lassen.

Wer möchte den SPD-Antrag mit Ausnahme von Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte nun den ersten Spiegelstrich unter Ziffer 2 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte den zweiten Spiegelstrich unter Ziffer 2 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte den dritten Spiegelstrich unter Ziffer 2 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte sich dem vierten Spiegelstrich unter Ziffer 2 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

B

Nun zum GAL-Antrag aus der Drs. 18/7053. Wer möchte diesen beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann kommen wir zum Punkt 30 der Tagesordnung, Drs. 18/6975 in der Neufassung, Antrag der GAL-Fraktion: Zollfreizone verkleinern.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Zollfreizone verkleinern!
– Drs. 18/6975 (Neufassung)]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Kerstan.

Jens Kerstan GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Entwicklung im Hamburger Hafen ist schon seit vielen Jahren von zweistelligen Wachstumsraten im Containerverkehr geprägt. Diese Entwicklung wird in den nächsten Jahren anhalten. Schon jetzt ist absehbar, dass der Abtransport dieser Container aus dem Hamburger Hafen an die Bestimmungsorte eines der Hauptprobleme sein wird. Im Bereich der Hafenbahn werden jetzt vom Senat die längst überfälligen Maßnahmen geplant. Aber im Bereich der Verkehrsstraßen im Hamburger Hafen gibt es noch große Defizite.

Die Antwort des Senats auf diese bereits jetzt vorhandenen Probleme, die sich dort zum Teil ergeben, ist die viel beschworene Hafenquerspange, ein Bundesautobahnprojekt, das im Moment nicht im vordringlichen Bedarf aufgeführt ist. Das bedeutet, dass diese Maßnahme nicht heute, auch nicht morgen, aber vielleicht übermorgen

ergriffen wird. Ob die Finanzierung bei dem jetzigen Planungsstand übermorgen sichergestellt werden kann, steht in den Sternen. Niemand von uns hat darauf eine Antwort, sodass deutlich wird, dass wir in Hamburg, wenn wir die Funktionsfähigkeit des Hamburger Hafens auch in Zukunft sicherstellen wollen, jetzt andere Maßnahmen ergreifen müssen. In der Tat gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen, die bereits heute mit wenig Aufwand eine Verbesserung der Verkehrssituation im Hamburger Hafen sicherstellen können. Aus dem Bereich der Hafenwirtschaft gibt es schon seit Anfang 2006 die Forderung, die Zollfreizone gänzlich aufzuheben. Jeder, der im Hafen unterwegs ist, sieht schnell, dass die Kapazitätsprobleme in der Regel vorrangig an den Zollkontrollstellen entstehen. Die viel beschworenen Staus auf der Köhlbrandbrücke haben heutzutage wenig damit zu tun, dass diese Brücke nicht genügend Kapazität hat. Die Zollabfertigung führt dazu, dass sich die Lkws bis zur Brücke stauen, sodass dieses eines der Hauptprobleme ist. Es ist aber so, dass nur wenige Firmen im Hafen von dem schon sehr alten Freihafenstatus profitieren. Der neue Containerterminal in Altenwerder liegt sogar außerhalb der Freihafenzone. Mittlerweile sind in allen größeren Betrieben Freizolllager vorhanden, sodass diese große Zone im Hafen, die an ihren Ausgängen Zollabfertigungen erfordern, gar nicht mehr notwendig ist.

Diese Forderung haben wir Grüne uns vor eineinhalb Jahren zu eigen gemacht. Mittlerweile gibt es einen Beschluss der Handelskammer, die allerdings keine komplette Aufhebung der Freizone, sondern eine Verkleinerung fordert. In der Tat gibt es einzelne Firmen, die 75.000 Container abfertigen. Wenn man sich überlegt, dass wir im Hamburger Hafen in diesem Jahr einen Umschlag von mehr als 8 Millionen hatten, dann ist das eine Gruppe, die noch nicht einmal 1,5 Prozent umfasst. Das sind aber kleine, mittelständische Unternehmen, die mit einer völligen Aufhebung der Zollfreizone eventuell Probleme bekämen. Wenn das die Sorge ist, warum im Moment noch nicht gehandelt wird, sollten wir den Vorschlag der Handelskammer aufgreifen und die Freizone nicht aufheben, sondern drastisch verkleinern, und die Hafenhauptroute damit aus dem Freihafen heraushalten, sodass dort keine Zollkontrollen mehr stattzufinden brauchen.

Nach unserer Anhörung, die wir in dieser Woche mit Hafenwirtschaft und Spediteuren durchgeführt haben, versteht niemand mehr, warum jetzt nicht gehandelt wird. Letztendlich sind alle Argumente vorgebracht worden und es sind alle Abwägungen von Pro und Kontra erfolgt. Es gibt nicht häufig die Situation, dass dieser Senat jahrelang auf eine Forderung der Handelskammer und des Unternehmensverbands Hafen Hamburg nicht reagiert. Es ist jetzt notwendig, dass das Parlament diese Sache an sich zieht und eine Entscheidung fällt, denn es gibt keinen Grund, dort nicht zu handeln. Dazu müssten allerdings Bundesgesetze geändert werden. Sie alle wissen, wie langwierig solche Gesetzesänderungen sein können. Das würde drei Lesungen im Bundestag und eine Lesung im Bundesrat bedeuten. Wenn wir diese Entscheidung jetzt treffen, brauchte es einen Prozess von ungefähr eineinhalb Jahren.

Wenn wir diese Entscheidung jetzt nicht treffen, wird dieser Prozess, der schnell Wirkung entfalten könnte, auf weitere ein bis zwei Jahre hinausgeschoben, denn wir haben im Frühjahr Bürgerschaftswahl. Dann gibt es einen neuen Senat, der sich konstituieren und sich eine Mei-

C

D

A nung bilden muss. Für diese Verzögerung besteht wirklich kein Anlass.

Ich habe mich gefreut, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, dass Sie diesen Antrag an den Ausschuss überweisen wollen. Ich wünsche mir, dass wir im November eine Sondersitzung haben werden. Frau Dräger ist schon auf mich zugekommen und hat dieses zugesagt. Dann könnten wir die Drucksache im Wirtschaftsausschuss behandeln und hoffentlich noch vor der Wahl eine positive Entscheidung der Bürgerschaft erreichen, sodass wir diese relativ einfache, kostengünstige Maßnahme ergreifen können, um im Hafen eine Verbesserung des Verkehrsflusses sicherzustellen.

In diesem Sinne hoffe ich, meine Damen und Herren, Sie stimmen mir zu, dass diese Maßnahme und vielleicht noch viele andere, die auf der Hand liegen, wenig kosten und auch zusammen getroffen werden könnten, jetzt die Planung der Hafenquerspange, wie sie aus den Siebzigerjahren verfolgt wird, überflüssig machen werden. Das ist unsere feste Überzeugung, aber darüber werden wir heute wohl kein Einvernehmen erzielen. Das ist zur Annahme dieses Antrags auch nicht notwendig.

Lassen Sie uns heute das tun, was wir tun können, was der Senat schon längst hätte tun müssen und aus welchen Gründen auch immer nicht getan hat. Wir als Parlament können diese eine sinnvolle Maßnahme ergreifen.

In dem Sinne hoffe ich, dass Sie diesen Antrag an den Ausschuss überweisen, damit wir eine Anhörung der Betroffenen machen können, um dann schnell einen Beschluss zu fassen und den Senat aufzufordern, endlich tätig zu werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Ohlsen.

Olaf Ohlsen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um es vorwegzunehmen, wir werden der Überweisung an den Ausschuss zustimmen, weil wir die Wichtigkeit erkennen, die Verkehrsprobleme anzusprechen – dazu gehört natürlich die Hafenquerspange – und nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen.

Mich hat es ein bisschen gestört, dass Sie mit diesem Thema so populistisch in die Öffentlichkeit gegangen sind. Das ist meine persönliche Meinung, sie ist nicht mit der Fraktion abgesprochen.

Sie haben mit dieser Äußerung viele Firmen angesprochen, die möglicherweise davon betroffen sind. Ich habe mit vielen Firmen gesprochen, hier geht es um Arbeitsplätze und möglicherweise auch um die Verlagerung von Firmen. Insofern habe ich die Bitte, dieses Thema ein bisschen sensibler zu betrachten. Das wäre das eine.

Zweitens: Wenn die Handelskammer für Sie schon Vorleistungen getroffen hat, dann ist das anerkennenswert. Insofern würden wir einer Sondersitzung im November zustimmen. Ich schlage vor, den Leiter der Realisierungsgesellschaft, Herrn Wegener, dazu einzuladen. Er wird dem Wirtschaftsausschuss zu dem Zeitpunkt mit Sicherheit einige interessante Aspekte mitteilen können.

Darum werde ich inhaltlich nicht näher auf die Drucksache eingehen. Meine Nachrednerin wird sich genauso kurz fassen. Wir werden der Überweisung zustimmen,

denn wir können das Thema im Fachausschuss viel besser besprechen als im Plenum. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Sehr geehrter Herr Kerstan, lieber Herr Ohlsen, es ist in der Tat so, dass ich das, was in der Drucksache steht, noch in aller Ausführlichkeit bereden muss. Ich möchte aber doch eine Handvoll Punkte benennen.

Man könnte hier beschließen, die Freizone zu verkleinern, wie die GAL es hier vorschlägt. Man könnte auch den weitergehenden Vorschlag aufgreifen und sagen, wir brauchen diese Zollfreizone sowieso nicht mehr, sie wird irgendwann obsolet werden, und die Abschaffung beschließen. Wir tun aber als Parlament gut daran, in unserem Wirtschaftsausschuss dafür zu sorgen, dass die Betroffenen und vor allen Dingen diejenigen, die damit große Befürchtungen verbinden, zu Wort kommen können, und nicht wir aus dem schönen Saal das beschließen, ohne mit denjenigen, die es betrifft, geredet zu haben. Ich bin wie meine beiden Vorräder der Meinung, dass wir noch im November eine Sitzung des Wirtschaftsausschusses haben sollten. Dann könnten wir das Thema im Dezember in der Bürgerschaft beraten und sind eventuell noch rechtzeitig vor der neuen Legislaturperiode damit durch.

Das Zweite: Ich sehe keine automatische Verknüpfung zwischen dem Thema Hafenquerspange und der Verkleinerung der Zollfreizone. Es gibt natürlich insofern einen Zusammenhang, als beide etwas damit zu tun haben, wie die Hafenverkehre zukünftig abfließen können. Das ist richtig. Aber, dass das eine das andere überflüssig macht, gilt weder in der einen noch in der anderen Richtung. Die Diskussionen, die wir im Ausschuss während unserer Anhörungen geführt haben, haben deutlich gemacht, dass die Hafenweiterungsmaßnahmen momentan bei einem Stand sind, der bis zur Hafenkante reicht, wir uns aber eigentlich alle noch nicht richtig ein Bild davon machen können, wie es danach weitergeht. Man kann sich eine Menge Maßnahmen anschauen, aber wenn man sich die Dimension anguckt, die die Verdopplung des Containerverkehrs bis 2015 haben wird, dann wird deutlich, dass es nicht nur um einige kleine Maßnahmen geht. Diese kleinen Maßnahmen brauchen wir jetzt schon, um eine Entlastung der Verkehre und auch der Stadtteile zu erreichen. Wir brauchen aber insgesamt ein Gesamtverkehrskonzept für die Hafenverkehre. Es ist ein Problem – ich schließe unsere Fraktion gar nicht davon aus –, dass wir uns bislang sehr auf die Überlegung konzentriert haben, wie wir den Umschlag schaffen, und dass sich die vorliegenden Konzepte im Wesentlichen damit beschäftigen. Wir haben uns über die Frage des Abflusses dieses Umschlags zwar immer alle Gedanken gemacht, sind aber längst nicht so sehr in der Konkretisierungsphase wie bei den Umschlagkapazitäten.

(*Barbara Ahrons* CDU: Wir reden von nichts anderem als der Hafenbahn!)

– Frau Ahrons, Sie wissen auch, dass selbst die Ertüchtigungsmaßnahmen, die bisher beschlossen sind, nicht ausreichen, um den Umschlag, der kommt, wirklich

A abfließen zu lassen. Wir brauchen diese Ertüchtigungsmaßnahmen. Darüber gibt es überhaupt keinen Dissens. Es ist gut, dass darüber geredet wird.

Was wir jetzt auf dem Tisch haben, wird nicht bis 2015 für das, was kommt, reichen. Das ist das Problem. Wenn wir diese beiden Entwicklungen weiterhin voneinander abgekoppelt betrachten, dann kann es sein, dass wir bei den Umschlagkapazitäten 2012 ganz wunderbar dastehen, dass wir das aber erneut diskutieren müssen.

Wir werden das im Ausschuss bewegen. Ich freue mich, dass die CDU der Überweisung zustimmt. Ich sage als Ausschussvorsitzende zu, dass wir die nächste Sitzung zügig ansetzen werden. Im Dezember sehen wir uns hier dann wieder. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6975 in der Neufassung an den Wirtschaftsausschuss zu?
– Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 25, Drs. 18/6963, Antrag der CDU-Fraktion: Digitale Spartenkanäle in Hamburg weiter vorantreiben.

**[Antrag der Fraktion der CDU:
Digitale Spartenkanäle in Hamburg
weiter vorantreiben
– Drs. 18/6963 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Heintze.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die EU-Kommission hat ein hehres Ziel ausgegeben: Bis 2012 sollen an möglichst vielen Orten in Europa Radio und TV digital empfangen werden. Die Folge ist klar. Überall in Europa – nicht nur in Deutschland – wächst die Programmvielfalt für die Verbraucher. Die Zahl der Angebote nimmt zu, die Konvergenz – also der Übergang ins Internet, aber auch auf das Handy – ist Ziel vieler Aktivitäten und Bemühungen. Überall werden digitale Inhalte und Formate entwickelt, die genau dagehineinpassen, wohin die EU Fahrt aufgenommen hat, und die in vielen europäischen Staaten wie zum Beispiel Großbritannien schon Realität sind.

In Deutschland gibt es unterschiedliche Versuche. Zur Fußballweltmeisterschaft im letzten Jahr war das Handy-TV kurze Zeit hipp, Pay-per-View ist etwas, was wir schon seit Langem kennen. Österreich bereitet die Ablösung des Teletexts durch Multitext vor, auch das Home-shopping wird immer weiterentwickelt. Selbst ZDF und ARD ziehen trotz Budgetdeckelung in diesem Bereich mit. 25 Prozent des ZDF-Programms finden Sie derzeit digital im Internet und die ARD hat eine Tagesschau-Fassung für das Handy gebaut.

Dabei ist der Weg relativ vorgezeichnet. Der deutsche Markt ist nach Großbritannien mit 17 Millionen Menschen, die digitale Inhalte empfangen können, mit 11 Millionen Empfängern der größte in Europa; und hat ein hohes Potenzial bei einer Durchdringung von 31,6 Prozent.

Diese ist europaweit gesehen Mittelfeld. Damit haben wir noch ein großes Marktpotenzial vor uns. C

Der Trend zu mehr Programmvielfalt und Konvergenz ist eine große Chance für Hamburg als führender Medien- und IT-Standort. Dieses hat der Senat in seiner Clusterpolitik deutlich gemacht. Das IT und Medien Cluster haben wir durch zahlreiche Anträge im Hause unterstützt und durch zahlreiche Maßnahmen in der Stadt implementiert.

Nichtsdestotrotz gilt es, noch mehr Fahrt aufzunehmen als bisher, weil die Entwicklung sehr rasch vorangeht und wir vielleicht Maßnahmen, die wir vor einem Jahr noch für sinnvoll und gut erachtet haben, heute nach dem Dialog mit der Wirtschaft und den betroffenen Unternehmen noch einmal überdenken und ergänzen müssen. Deswegen hat die CDU sich entschieden, heute diesen Antrag zu stellen. Uns geht es mit diesem Antrag darum, Unternehmen und Unternehmer zu stärken, die Hamburg bei wichtigen Zukunftsthemen voranbringen wollen. Das ist erklärte Politik der CDU und die es fortzusetzen gilt.

(Beifall bei der CDU)

Doch wo liegt die konkrete Chance? Die Chance liegt im steigenden Bedarf für neue Programme und Programm-inhalte. Gerade die Inhalte sind Hamburgs Stärke. Wir wissen alle, was SPIEGEL ONLINE täglich an Content ins Internet stellt, aber auch zahlreiche Verlage sind hier zu Hause und arbeiten an digitalen Programmen. Die Lieferung von Inhalten ist eine große Stärke am Standort Hamburg. Dadurch, dass dank Digitalisierung die Zugangskosten zu den TV- und Radionetzen immer wichtiger werden, sind auch immer mehr Möglichkeiten für Programmanbieter, aber auch für Anbieter von Spartenkanälen, hier mitzuspielen. Wenn digitale Inhalte einmal erzeugt sind, ist die Übertragung ins Internet, aber auch auf das Handy einfach.

D Das bedeutet nicht nur, dass wir mehr regionale und lokale Programme einspeisen können, wie es sich die Landesmedienanstalten auf die Fahne geschrieben haben, sondern es bedeutet auch, dass wir weitere Angebote bekommen, die sich – sei es "Bibel-TV", sei es der "Spielekanal", die aus Hamburg kommen, aber auch Surfer-Angebote, die hier produziert werden – nur an eine bestimmte Gruppe richten, und dass diese mehr werden. Die Großen wie "Hamburg 1" mit "Hamburg 24", aber auch "Springer Digital" stehen in den Startlöchern und warten darauf ihre Chancen zu nutzen. Wir sind in Hamburg gut beraten, da mitzuziehen, denn das Ziel der CDU ist klar, das Ziel des Senats ist klar: Wer in Deutschland Digital-TV gestaltet, der sollte seine Inhalte aus Hamburg ziehen, wenn nicht gleich das ganze Programm aus Hamburg kommt.

(*Bernd Reinert CDU: Das wäre die beste Lösung!*)

Hier wollen wir noch einmal nachhelfen, hier wollen wir das Gründerzentrum allein, welches vom Senat angehacht war, so nicht stehen lassen, sondern wir glauben, dass das Thema Infrastruktur, das Thema Vernetzung und das Thema Förderung einer Reihe weiterer Maßnahmen bedarf.

Im Bereich Infrastruktur haben wir bereits unsere Hausaufgaben gemacht. Das Studio Hamburg arbeitet daran, seine Technikinvestition zu steigern und entsprechende Programme anzubieten. Der Hamburger Dialog als Format ist erfolgreich gelauncht worden als klassi-

A sche Vernetzungsplattform. Mit dem Internationalen Mediendialog sind wir – das hat die Veranstaltung in diesem Jahr gezeigt – hochwertig aufgestellt. Auch Hamburg@work arbeitet intensiv an dem Thema. Die Fusion der Landesmedienanstalten hilft ebenfalls genau in diesem Bereich weitere Kompetenz am Standort aufzubauen.

Wir sind also dabei, bei der Infrastruktur unsere Hausaufgaben zu machen. Bei der Vernetzung haben wir unsere Hausaufgaben mit Hilfe der hier ansässigen Unternehmen gut gemacht. In einem Bereich müssen wir allerdings noch schnell nacharbeiten: Das sind konkrete Hilfen für Unternehmen, die in der Stadt aktiv werden wollen. Hier wollen wir weiterarbeiten, deswegen bitten wir den Senat, sehr zeitnah Vorschläge zu machen, wie man an dieser Stelle neben, über oder ohne Gründerzentrum zu schnellen Hilfen kommt. Nur so können wir München – München ist dadurch sehr stark, dass Premiere am Standort ist – an dieser Stelle Paroli bieten und gezielt Spartenangebote, den Markteintritt über Hamburg – je nach dem Bedarf, den sie sehen – ermöglichen. Das geht im Prinzip nur über eine gezielte Förderung der betroffenen Unternehmen. Die Stadt hat mit viel Unternehmen den Dialog aufgenommen, die Fraktion hat es auch getan. Ziel unserer Gespräche ist es, dass wir eine sehr gezielte Start-up-Förderung bekommen, etwas abseits von abstrakten Maßnahmen, wie wir sie vielleicht in der Vergangenheit hatten. Deswegen brauchen wir weitere Maßnahmen, einen breiten Katalog, denn nur wenn wir das hinbekommen, helfen wir auch dem Standort Hamburg. Wir dürfen nicht vergessen, dass der Standort Hamburg nicht nur Unternehmen im Umfeld der digitalen Spartenkanäle hat, sondern der Standort Hamburg ist auch die Werbewirtschaft. Wir haben gelernt, dass in der Werbewirtschaft der Trend in Digital deutlich schneller geht als beim Rest der Stadt. 50 Prozent der Umsätze in diesem Bereich werden vermutlich in den nächsten Jahren bereits mit digitalen Angeboten gemacht und schon jetzt sucht die Werbewirtschaft sehr gezielt die Nähe dieser Anbieter.

B Hier sagen wir, gibt der Werbewirtschaft in Hamburg Anknüpfungspunkte, hilft den Unternehmen in Hamburg am Standort, um ihre Innovationen entwickeln zu können, gibt kleinen Start-up-Unternehmen sehr konkrete Hilfestellungen, wie sie ihre Angebote weiterentwickeln können.

Dies wollen wir sichern und möglichst viele Unternehmen in diesem Bereich hinzufügen. Wir wollen die 110.000 Arbeitsplätze, die den Medienstandort Hamburg heute schon ausmachen, absichern, wir wollen ihnen auch weitere hinzufügen. Entscheidend ist für uns – daher dieser Antrag –, dass dieses zeitnah, branchennah und im Dialog geschieht. Wir sind auf einem guten Weg. Das wollen wir heute noch einmal ein Stückchen beschleunigen. Darum bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren von der CDU, ich muss Ihnen ganz offen gestehen, ich habe nicht damit gerechnet, dass diese angemeldete Debatte auch tatsächlich stattfindet. Ich bin etwas überrascht, weil ich mir nicht vorstellen konnte,

was das eigentlich bedeutet. Aber die Debatte findet statt und dann wollen wir uns auch damit befassen.

C Dieses Parlament hat im April 2006 eine Senatsvorlage bekommen, in der stand, wir wollen etwas für Spartenkanäle tun. Das Parlament hat im April 2006 auch tatsächlich beschlossen, dafür Geld auszugeben, 550.000 Euro Kassenmittel und 1,95 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen – also immerhin in der Summe 2,5 Millionen Euro – wollen wir dafür investieren.

Im Mai 2007 hat meine geschätzte Kollegin Dräger in einer Anfrage nachgefragt, was nun damit sei. Dabei kam Folgendes heraus: Erstens habe die Wirtschaft Interesse und man müsse mehr tun. Zweitens wurde gefragt, ob es mittlerweile einen Träger für das Gründerzentrum gebe, über das gerade wortreich gesprochen wurde. Dazu teilte der Senat sehr wortkarg mit, es gebe keine Entwicklung. Das war im Mai dieses Jahres, also 13 Monate nachdem wir diese Drucksache beschlossen hatten.

Jetzt schreiben wir fast Oktober, also eineinhalb Jahre nachdem der Antrag gestellt wurde.

(*Gesine Dräger SPD: Und dem Geld!*)

– Und nachdem das Geld zur Verfügung steht.

Was schreibt die CDU in ihrem Antrag? Man müsse mehr tun und der Senat möge sagen, was man mehr tun solle. Mehr blamieren kann man sich wirklich nicht in diesem Hause.

(Beifall bei der SPD)

Wer sich Mühe gibt, verehrter Kollege Heintze, und bei der KEK nachfragt, wie es bei den Spartenkanälen aussieht, der bekommt die Antwort, dass die Zulassungen in den Spartenkanälen im Wesentlichen in Nordrhein-Westfalen und Bayern stattgefunden haben, nicht in Hamburg und auch nicht in Schleswig-Holstein. Anders formuliert, um es ganz kurz zu machen: Hier hat der Senat etwas verpennt.

Ich verstehe den Antrag der CDU so: Es ist die dezente Form der CDU, dem Senat in Mors zu treten, damit er endlich in die Puschen kommt. Der Meinung sind wir auch. Hoffentlich nützt es etwas.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Müller.

Farid Müller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass wir in diesem Hause wenigstens einmal ein bisschen über Fernsehen und Film sprechen. Die Stadt hat es bitter nötig. Wir wissen alle, heute Abend beginnt das Filmfest, es gibt Premieren und man wird in Hamburg ein paar Tage lang über viele neue Filme sprechen.

Uns allen muss klar sein, dass der Zug, große TV-Gesellschaften nach Hamburg zu holen, erst einmal abgefahren ist. Zu sagen, na gut, dann ist das wohl so und deswegen wollen wir uns jetzt einmal bei den Spartenkanälen ein bisschen tummeln, kann eine Strategie sein. Sie wurde auch in der Senatsdrucksache beschrieben.

Weil wir im Content so stark sind – eben wurde schon gesagt, das sei in Hamburg unsere Stärke –, sind auch

A ein paar Millionen Euro bereitgestellt worden, um Inhalte für das Handy-TV herzustellen und besonders die Hamburger Kompetenz dabei herausstellen zu lassen. Das haben wir begrüßt. Bei der Weltmeisterschaft gab es den ersten Versuch, Handy-TV massentauglich zu machen. Es wurde ganz böse geunkt, da kommt etwas Neues auf uns zu: Schnipsel-TV.

Damit es nicht zum Schnipsel-TV kommt, sondern auch zu intelligenten Inhalten, begrüße ich es, dass Hamburg diese Initiative gestartet hat. Das hat jetzt aber 2 Millionen Euro unserer Steuergelder verbraucht und muss auch auf den Weg gebracht werden. Wir sind daher momentan eher skeptisch, dass wir nun schon wieder – bevor das Gründerzentrum überhaupt auf den Weg gebracht ist – weitere Mittel bereitstellen sollen, bevor das Herzstück, das Aushängeschild, wenn wir sagen, wir wollen digitale Spartenkanäle fördern, noch nicht richtig auf die Füße gestellt ist und auch noch gar nicht sichtbar ist.

(Uwe Grund SPD: Es ist kein neues Geld!
– Gesine Dräger SPD: Es ist das gleiche Geld!)

Wir wollen aber jetzt nicht schon wieder herumkleckern. Konzentrieren Sie sich darauf, dass Sie das Gründerzentrum hinbekommen. Wenn das gut läuft, ist das schon Ausstrahlung auch in Richtung Berlin, weil immer die Befürchtung besteht, dass sie nach Berlin oder nach Köln gehen. Es fehlt mir das Verständnis, schon wieder neue Gelder für irgendwelche anderen Fördermaßnahmen im gleichen Bereich bereitzustellen, bevor wir das in Hamburg nicht auf die Reihe bekommen haben. Das hat auch nichts mehr mit einer kohärenten Wirtschaftspolitik zu tun, sondern mit Glaubwürdigkeit. Die Filmförderung ist

B zusammengestrichen worden. Berlin hat bewusst Millionen obendrauf gepackt. Wenn wir in den Bereichen TV und Film noch einmal einen Versuch wagen wollen, auf die Füße zu kommen, dann muss man ein durchgehendes Konzept haben.

Nun sage ich nicht, nur weil man die Filmförderung zusammengekürzt hat und nicht willig ist, da wieder etwas drauf zu tun, darf man keine Spartenkanäle fördern. Aber es ist irrsinnig zu glauben, dass wir die Produktion von TV-Inhalten einseitig nach Hamburg locken und aufbauen können, wenn wir nicht auch ein bisschen auf ein kohärentes Konzept gucken. Hier sind ein paar Millionen für Handy-TV, dann haben wir noch die Filmförderung, die aber im Rahmen der anderen Bundesländer, was die Förderung von Filmen betrifft, nicht mehr richtig wettbewerbsfähig ist. Dann haben wir die Spartenkanäle des Gründerzentrums, bei denen wir offensichtlich Schwierigkeiten haben, das richtig aufzubauen.

Wir wären sehr gut beraten und ich wünsche Herrn Uldall Mut und Kraft, das Gründerzentrum auf den Weg zu bringen. Ich wünsche mir, dass wir das erst einmal schaffen. Dann müssen wir gucken, wie wir darüber hinaus, wenn es denn notwendig ist, weiter Fördermittel einsetzen. Ich halte momentan nichts davon, die Mittel für Medien, TV und Handy so zu verzetteln, dass wir in allen Bereichen Mittelmaß sind oder darunter liegen. Das führt uns in dieser Stadt nicht weiter. Das ist auch das Drama, weshalb wir in bestimmten Bereichen des Mediensektors im Vergleich zu anderen Standorten in diesem Lande nicht mehr ernst genommen werden.

Deswegen habe ich folgende Bitte: Konzentrieren Sie sich auf das Gründerzentrum. Wenn wir das haben, können wir gern über weitere, notwendige Förderungen in

dieser Stadt sprechen. Deswegen wird meine Fraktion C diesem Antrag nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Frau Dräger hat das Wort.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Müller, jetzt haben Sie mich ein bisschen provoziert. Das Bizarre an diesem Antrag ist nicht, dass man neues Geld in die Hand nimmt, während man alte Sachen noch nicht fertig gestellt hat. Das völlig Absurde an dieser Debatte heute ist, dass wir 2006 einen Titel "Stärkung des Medien- und IT-Standorts Hamburg" beschlossen haben, für 2007 2,5 Millionen Euro und für 2006 550.000 Euro bereitzustellen und dass dieses Geld schlicht nicht abfließt, weil nichts gemacht wird. Jetzt sagt die CDU-Fraktion, nimm doch das Geld, das wir euch bewilligt haben, und macht etwas damit. Das ist so absurd, dass ich die Meinung meines Kollegen Grund teile, dass ich nicht erwartet habe, dass Sie diesen Kram auch noch hier anmelden. Ich höre jetzt auf, das ist es nicht wert. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte den CDU-Antrag aus der Drs. 18/6963 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen einstimmig so geschehen. D

Punkt 29, Drs. 18/6974, Neufassung, gemeinsamer Antrag der SPD- und GAL-Fraktion: Schülerinnen und Schüler mit Behinderung integrieren statt ausgrenzen.

**[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:
Schülerinnen und Schüler mit Behinderung integrieren statt ausgrenzen
– Drs. 18/6974 (Neufassung)–]**

Wer wünscht das Wort? – Es wünscht keiner das Wort?

(Zurufe von der CDU: Abstimmen!)

Wenn keiner das Wort wünscht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte den gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion aus Drs. 18/6974, Neufassung ...

(Unruhe im Hause)

– Es tut mir leid. Ich werde jetzt abstimmen lassen. Wer möchte den gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion aus der Drs. 18/6974, Neufassung, annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen zu Punkt 24, Drs. 18/6962, Antrag der CDU-Fraktion: Gesamtkonzept für "Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 in Hamburg" und Sachstandsbericht über die Aktivitäten zur Gestaltung des Lohseplatzes.

A [Antrag der Fraktion der CDU:
Gesamtkonzept für "Orte des Gedenkens an die Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945 in Hamburg" und Sachstandsbericht über die Aktivitäten zur Gestaltung des Lohseplatzes – Drs. 18/6962 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort?
– Frau Ehlers.

Inge Ehlers CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe ja das Glück, dass ich da bin.

(Beifall bei der CDU)

Wir debattieren heute über einen Antrag der CDU-Fraktion, mit dem wir für Hamburg ein Konzept für die Orte des Geschehens in der Zeit des Nationalsozialismus 1933 bis 1945 in Hamburg einfordern.

Die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur bedeutete für Deutschland und Hamburg eine tiefgreifende Zäsur. Die erste demokratische Republik von Weimar ging unter in Barbarei und Völkermord. Die geistige und kulturelle Blüte Deutschlands versank im Vernichtungswahn der Nationalsozialisten. Übrig blieb in jeder Hinsicht ein zerstörtes Land, das im Westen seine politische und wirtschaftliche Stabilität dank der Hilfe der Siegermächte recht schnell erlangte.

(Unruhe im Hause – Glocke)

B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich möchte Sie einmal unterbrechen und um Ruhe bitten.

Inge Ehlers (fortfahrend): Auch international fand die Bundesrepublik aufgrund der klaren Westbindung eine akzeptierte Position. Dieser äußersten Heilung in den Fünfziger- und Sechzigerjahren stand jedoch eine schwierige, oft durch Sprachlosigkeit und Erstarrung gekennzeichnete Stimmungslage gegenüber. Wie sollten die Menschen die existenzielle Bedrohung in Diktatur, Krieg und Zusammenbruch verarbeiten und den berechtigten Ansprüchen an Verantwortung und Verpflichtung für die Zukunft gerecht werden? Wie mit den Ansprüchen umgehen, die sich aus den Nürnberger Prozessen mit der Verurteilung der großen Täter einerseits und den Persilscheinen für die sogenannten Mitläufer andererseits ergaben? Wie mit der offiziellen Aussöhnung mit Israel im Bewusstsein der Verantwortung Deutschlands für den jüdischen Staat einerseits und der oft bedrückenden Erfahrung personeller Kontinuität in der Verwaltung und Rechtsprechung der Nachkriegs- und Aufbauzeit andererseits?

Es war nicht leicht, in dieser Gemengelage und Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus dem Gedenken an die NS-Opfer eine Form zu geben, die jenseits politischer Diskussionen und medialer Aufgeregtheiten eine aufrichtige Auseinandersetzung mit der NS-Zeit ermöglichte.

Der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat am 8. Mai 1985 in seiner Rede zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges genau diese Aufrichtigkeit gefordert. Er sagte:

"Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Inneren wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit."

(Beifall bei der CDU und bei Wolfgang Marx SPD)

Lange Zeit gab es in der Bundesrepublik eine Verweigerungshaltung gegenüber diesem Anspruch. Zwar gab es offizielle Aktivitäten, so wurden ehemalige Konzentrationslager in Gedenkstätten umgewandelt und im Bildungssystem bekam die Zeit von 1933 bis 1945 ihren Platz, doch oft wurde das Gespräch über die NS-Zeit und die Judenverfolgung mit den Worten "davon wussten wir nichts, das haben wir nicht gemerkt" verweigert. Es gab lange Zeit keine breite, in allen Teilen der Bevölkerung akzeptierte Auseinandersetzung mit diesem Teil unserer Vergangenheit. Erst in den Siebziger- und Achtzigerjahren änderte sich dies. So ist festzustellen, dass an viel mehr Orten Gedenkstätten errichtet wurden, als es diese Haltung vermuten lässt. Sichtbarer Beleg ist die Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung, die die vielen Orte der Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland dokumentiert.

Auch in Hamburg haben wir eine lebendige und vielfältige Aktivität des Gedenkens an die nationalsozialistische Diktatur, die in dieser Zeit verübten Verbrechen und den Widerstand. Die Bandbreite der Orte des Gedenkens reicht von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme mit ihren Ausstellungs- und Veranstaltungsangeboten über künstlerisch gestaltete Mahnmale, die Tafelprogramme bis hin zu den inzwischen zahlreich verlegten Stolpersteinen. Hamburg hat über 1.700 Stolpersteine und ist damit anscheinend die Stadt mit den meisten Steinen, um zu gedenken.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei Ingo Egloff SPD)

Man könnte also meinen, dass Hamburg "gut" dasteht, da wir an vielen Stellen und in vielfältigen Formen der Opfer gedenken und auch viele private Initiativen Gedenkorte geschaffen haben und wir keine Veränderungen bräuchten. Wir glauben jedoch, dass es an der Zeit ist, dass Hamburg ein Konzept für die Schaffung, Unterhaltung und insbesondere auch der Pflege und der Nutzung weiterer Orte des Geschehens und des Gedenkens erstellt. Wie das Beispiel Lohseplatz zeigt, mit dem wir uns gerade vor der Sommerpause wieder aktuell beschäftigt haben, ist es nötig, die Orte in den Blick zu nehmen, die möglicherweise für das Gedenken von Bedeutung sind, die aber erst jetzt langsam wieder in das öffentliche Bewusstsein treten. Wir wollen uns vor einer Diskussion aus irgendeinem aktuellen Anlass in Ruhe darüber verstündigen, wie über die Gestaltung von Orten des Gedenkens entschieden werden soll und welche Gestaltungs- und Nutzungsmöglichkeiten angemessen sind.

Zudem soll erarbeitet werden, in welchem Verhältnis die schon bestehenden und möglicherweise noch hinzukommenden Orte des Gedenkens zueinander stehen werden oder könnten. Schließlich soll auch die Information über diese Orte verbessert werden. Die Übersicht aus dem Jahre 2003, die wir gemeinsam beschlossen haben, muss vervollständigt werden. Es sind inzwischen andere Orte dazugekommen und sie müssen laufend aktualisiert werden, damit diese Orte immer zugänglich bleiben und der Öffentlichkeit auch präsent sind.

C

D

A Mit der Erstellung eines Konzeptes wird auch den privaten Initiativen und den Bezirken, die letztlich für die Pflege der Plätze zuständig sind, ein guter Leitfaden an die Hand gegeben. Das Gedenken an die NS-Diktatur hat einen hohen Stellenwert in unserer Stadt. Deshalb, denke ich, sollten wir diesem Antrag nach der Überweisung und Diskussion im Ausschuss zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Ingo Egloff* und *Luisa Fiedler*, beide SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Buss.

(*Wolfgang Beuß* CDU: Hoffentlich hat er die richtige Rede mit!)

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion! Ihre Aufforderung an den Senat, ein Gesamtkonzept für die Schaffung und Erhaltung und Pflege sowie die Nutzung von Orten des Gedenkens an die Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933 bis 1945 in Hamburg aufzulegen, findet die volle Unterstützung der SPD-Fraktion, zeigt doch diese Forderung schließlich auch, Frau Senatorin, dass zumindest in den letzten Jahren kein Konzept vorhanden war. Bereits bei der Beantwortung der Großen Anfrage der SPD-Fraktion "Erinnern statt vergessen", die wir an dieser Stelle im Januar 2005, also vor über zwei Jahren debattiert haben, wurde schon deutlich, dass es an einer Konzeption des Umgangs mit diesen Problemen mangelt.

In der Antwort des Senats fehlte eine Bewertung der B Aktivitäten des Gedenkens, der Erinnerungsarbeit und der Erinnerungskultur in Hamburg insgesamt. Dieses Dilemma haben Sie jetzt aktuell auch beim Lohseplatz.

Ich möchte kurz auf die Punkte eingehen, die das Konzept nach Meinung aller leisten sollte. Eine Vervollständigung und laufende Aktualisierung der vorliegenden Broschüre "Gedenkstätten in Hamburg" wäre doch auf jeden Fall zu begrüßen. Die zurzeit erhältliche Fassung dieser Broschüre ist nämlich schon rund viereinhalb Jahre alt, meine Damen und Herren. Sie wurde bereits im März 2003 von der damaligen Bürgerschaftspräsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt und dem Ersten Bürgermeister herausgegeben. Seitdem ist, wie wir alle wissen, einiges geschehen, was eine Aktualisierung dieser Broschüre erforderlich macht. Ich möchte nur drei Punkte nennen.

Erstens die Neugestaltung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die im Mai dieses Jahres abgeschlossen wurde. In dem Zusammenhang wurde eine neue Dauerausstellung "Gefängnisse und Gedenkstätte: Dokumentation eines Widerspruchs" eröffnet. In Hamburg wurden seit 2002 nicht nur 700, verehrte Kollegin, sondern rund 1.900 Stolpersteine verlegt, wie wir das herausgefunden haben. Diese sehr individuelle Form des Gedenkens, der immer eine Recherche von Initiativen, von Schulen, Angehörigen und Hinterbliebenen vorausgeht, sollte in der zukünftigen Broschüre unbedingt eine größere Würdigung und Beachtung zugestanden werden, unterlegt mit einigen Beispielen, wie zum Beispiel das Grindelviertel.

Auch die jetzt vorhandene Gedenktafel am Lohseplatz wird in dieser genannten Broschüre nicht erwähnt, weil sie nämlich erst nach dem Erscheinen der Broschüre eingeweiht wurde.

Weiter fordert die CDU, dass das Konzept festlegen soll, in welchem Verhältnis die bereits bestehenden Orte des Gedenkens zueinander und zu künftig hinzukommenden Orten bezüglich ihrer Gestaltung, ihrer inhaltlichen Schwerpunkte und ihres pädagogischen Angebotes stehen sollten. Auch diese Forderung unterstützen wir, vor allem, wenn das Konzept festlegt, wie mit vorhandenen Gedenkstätten entsprechend würdevoll umgegangen wird, denn wäre ein solches Konzept schon im vergangenen Winter vorhanden gewesen, wäre es vielleicht nicht zu dieser skandalösen Behandlung des Mahnmals für die Weiße Rose in Volksdorf gekommen. Oder klingt in Ihrer Forderung nach einer Festlegung ein wenig die Befürchtung durch, es könnte eine Inflation von Gedenkstätten geben, die wir uns nicht leisten können oder wollen, denn die Begriffe "Vielzahl der Orte" und "möglicherweise bedeutsam" in der Begründung müssen uns doch aufhorchen lassen. Dieses sollten wir deshalb intensiv im Ausschuss besprechen.

(*Dirk Kienscherf* SPD: Sehr gut!)

In diese Richtung geht möglicherweise auch die Befürchtung auf die KZ-Gedenkstätte Neuengamme, die "die zentrale Rolle in der Topografie der Hamburger Gedenkorte einnehmen soll", denn eine Gedenkstätte am ehemaligen Hannoverschen Bahnhof hat schließlich einen ganz anderen Hintergrund. Dort wurden Tausende von jüdischen Kindern, Frauen und Männern in die Vernichtungslager deportiert. Darum gebührt auch diesem Ort eine wesentlich würdigere Gedenkstätte als die, die jetzt mit der schwarzen Tafel, wie sie aufgestellt worden ist, vorhanden ist. Schließlich unterstützen wir deshalb, Frau Kollegin Ehlers, auch Ihre Forderung nach einem Sachstandsbericht über die Gestaltung des Lohseplatzes. Vielleicht gibt es im Ausschuss berichtenswerte Neuigkeiten, aber das Gutachten zum Lohseplatz liegt schließlich seit Januar 2005 vor, also über zweieinhalb Jahre. Runde Tische haben inzwischen stattgefunden und allen Beteiligten ist klar, dass es langfristig eine angemessene Lösung für diesen Ort der Deputation geben muss, die weit über eine schwarze Tafel hinausgeht. Von daher ist eine weitere Beratung dieses Antrages im Kulturausschuss eine richtige Weiterbehandlung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 62 Jahre ist die Naziherrschaft zu Ende und seit 62 Jahren sind die Konzentrationslager nicht mehr da, sondern befreit. Es ist doch merkwürdig, dass wir uns nach 62 Jahren immer noch mit der Frage beschäftigen, wie die Erinnerung aussehen muss und dass das offenbar eine Sache ist, die sich ständig neu bewegt. Soweit sich darüber Gedanken gemacht worden sind, gibt es die Argumentation zu sagen, dass es einen Unterschied zwischen der Erinnerung derjenigen gibt, die dabei waren und in deren Köpfen und Gefühlen das unmittelbar weiterlebt, und derjenigen, die sich zwei Generationen später erinnern. Es entwickelt sich dann ein Auseinandertreffen zwischen der aktiven Erinnerung und der sogenannten archivalischen. Wir wissen endlos viel. Das Staatsarchiv ist voll, die Bibliotheken sind voll, der Wissensbestand ist ungeheuer, aber das, was uns noch bewegt in Bezug auf die Ereignisse bis 1945, ist offenkundig dadurch, dass alles im Archiv ist, noch lange nicht aktiv und handlungs-

C

D

A bestimend für unsere Gegenwart. Weil wir diese Aufgabe immer neu organisieren müssen, was eigentlich aktive Erinnerung ist, finde ich diesen Antrag hilfreich und auch dass er im Ausschuss beraten werden soll.

Wenn man sich den Gedanken noch ein bisschen weiter klar macht, kann man sich das auch an Beispielen vergegenwärtigen. Sie erinnern sich – das hat jetzt nicht eng etwas mit dem Nationalsozialismus zu tun –, dass ein wichtiger Streitpunkt in der Erinnerungskultur der Hamburger der "Kriegsklotz" am Dammtor gewesen ist. Nach 1945 sind die Leute wahrscheinlich einige Jahrzehnte lang daran vorbeigegangen, ohne auch nur einen Blick darauf zu werfen, also stand er da einfach rum. Vielleicht kam hin und wieder der Erinnerungsverein, immer tapriger mit dem Stock und dann wurde ein Kranz niedergelegt. Ansonsten spielte der aber keine Rolle mehr.

Dann wurde er ungefähr 1968 wieder ins aktive Gedächtnis der Stadt geholt, und zwar dadurch, dass sich eine neue Generation darüber erregte, dass dieser Klotz, der das Sterben für Kaiser und Vaterland thematisierte und lobte, immer noch dort stand und seine Botschaft aussendete. Erst indem dagegen protestiert wurde, setzte man sich wieder mit dem "Kriegsklotz" auseinander, der sonst völlig der Vergessenheit anheim gefallen wäre. Diese Auseinandersetzung wurde dann sogar dokumentiert, indem Hrdlicka sein Gegendokument halbfertig übergab. Der Rest wurde dann nicht mehr bezahlt, weil das Thema für den Senat inzwischen nicht mehr so bedeutsam war.

Es sollten vier Teile kommen, der Senat hat zwei bezahlt.

B So war es leider, es ist nicht fertig geworden, aber es gab immerhin eine Thematisierung durch ein Gegendenkmal.

Heute ist die Entwicklung in Bezug darauf noch weiter. Heute sind beide Denkmäler vergessen, sowohl der "Kriegsklotz" als auch der Hrdlicka und der Senat lässt auch alles schön zuwuchern. Die übrige Stadt wird in Glanz gebracht und da wird ein Doppeldenkmal ganz vergessen.

Wenn das so ist, dann besteht diese Aufgabe tatsächlich in jeder Generation neu, sich zu entscheiden, was wir uns gegenwärtig halten wollen und wie wir das machen wollen. Es wurde eben das Thema der Stolpersteine angesprochen. 700 sind verlegt worden. Zu Anfang war es noch halb skandalös. Ich erinnere mich noch, als das in der letzten Legislaturperiode thematisiert wurde und es in einigen Bezirken Auseinandersetzungen gab. Die Schill-Leute wollten das gar nicht. Sie von der CDU haben dann nachher mitgemacht, aber sie hatten ja ein Koalitionsproblem. Auf jeden Fall wurde es dann hier in der Bürgerschaft einhellig, aber es ist keineswegs einhellig in der Stadt. Kürzlich sind in Farmsen drei Stolpersteine, die an Homosexuelle erinnern, die ermordet worden sind, mit Naziparolen übersprührt worden. Man muss sich dabei noch zusätzlich überlegen – so widerlich das ist –, dass man insofern immer noch ein bisschen Hoffnung daraus schöpfen kann, denn indem die Nazis das übersprühen, aktualisieren sie unsere Erinnerungen an die Verbrechen, die sie begangen haben.

Dieses Element spielt auch immer eine Rolle dabei, dass sie einen neuen Streit auslöst.

Warum ich aber auch möchte, dass wir das im Ausschuss erörtern, ist, dass möglicherweise über die Orte noch kein abschließender Befund besteht. Wir haben viele Erinne-

rungen dokumentiert. Kürzlich hatten wir das Thema des Mollerschen Palais, das auf unvermutete Weise eine Erinnerungsstätte, an die wir alle nicht so richtig gedacht hatten, an das Wirken der Nazis und an die Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit geworden ist. Wenn wir den Senat bitten, uns ein Konzept vorzulegen, ist es sinnvoll, das so zu tun, dass wir alle in gewisser Weise an der Auftragsformulierung teilhaben können. Darum begrüße ich die Überweisung und denke, dass wir das auch bald im Kulturausschuss formulieren können. Frau Ehlers will das mit Recht zeitig haben. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL, der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Senatorin Frau von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nur sagen, dass ich sehr froh über diesen Antrag der CDU-Fraktion bin. Ich denke, das ist genau die Diskussion, die wir jetzt auch führen müssen und freue mich, dass alle Parteien das fraktionsübergreifend so sehen. Eine kleine Sache möchte ich allerdings ergänzen, lieber Herr Maier. Die Denkmäler am Dammtor sind nicht vergessen, sondern sie sind zum Beispiel in dem neuen Buch über Kunst im öffentlichen Raum erwähnt. Sie sind auch gepflegt worden und wir kümmern uns darum. Das möchte ich hiermit nur richtigstellen. Aber vielen Dank für diesen Antrag und diese Gemeinsamkeit.

(Beifall bei der CDU)

C

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Herr Dr. Maier.

D

Dr. Willfried Maier GAL: Ich habe eben eine Sache vergessen. Es geht speziell auch um das Thema Lohseplatz. Bevor wir nun ganz allgemein darüber reden, was daraus alles werden soll, muss sichergestellt werden, dass die Spuren, die da noch existieren, nicht etwa im Rahmen irgendeiner Renovierung in Bezug auf die HafenCity abgeräumt werden. Dass die erhalten werden, ist die erste Bedingung dafür, dass man über alles Weitere nachdenken kann. – Danke.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/6962 an den Kulturausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung, Drs. 18/6935 bis 18/6937, Berichte des Eingabenausschusses.

[Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs. 18/6935 –]

[Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs. 18/6936 –]

A [Bericht des Eingabenausschusses:

Eingaben

– Drs. 18/6937 –]

Ich beginne mit dem Bericht 18/6935. Hierin sind nur einstimmige Empfehlungen enthalten. Wer möchte diesen folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Nun zum Bericht 18/6936. Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 602/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. — Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer möchte der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 611/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig. Im Übrigen hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Schließlich zum Bericht 18/6937. Zunächst zu Ziffer 1. Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 430/07 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Die zu den Ziffern 2 bis 4 erbetenen Kenntnisnahmen sind erfolgt.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat.

Wer schließt sich der Ausschussempfehlung unter B an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu Punkt 3 der Tagesordnung, Drs. 18/6679, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Steigt die Gewaltbereitschaft gegen öffentlich Bedienstete in Hamburg? Die Entwicklung ab 2005.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD:**Steigt die Gewaltbereitschaft gegen öffentlich Bedienstete in Hamburg? (II)**

– Die Entwicklung ab 2005
– Drs. 18/6679 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Innenausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehr zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wird eine Besprechung beantragt? – Das ist der Fall. Dann wird die Besprechung für die nächste Sitzung vorgesehen.

Wir kommen zu Punkt 4, Drs. 18/6726, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Von der Stadt genutzter Büraum

– Fläche, Eigentum, Mietzahlungen, Leerstände und Umzugspläne. C

[Große Anfrage der Fraktion der SPD:**Von der Stadt genutzter Büraum – Fläche, Eigentum, Mietzahlungen, Leerstände und Umzugspläne**

– Drs. 18/6726 –]

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Haushaltausschuss überweisen. Wer stimmt dem Überweisungsbegehr zu? – Gegenprobe. — Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drs. 18/6726 ohne Besprechung Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zu Punkt 14, Drs. 18/6883, Bericht des Haushaltausschusses: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes.

[Bericht des Haushaltausschusses**über die Drucksache 18/6718:****Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes**

(Senatsantrag)

– Drs. 18/6883 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Zehnte Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Besoldungsgesetzes aus der Drs. 18/6718 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig. Damit ist das Gesetz auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Punkt 15, Drs. 18/6884, Bericht des Haushaltausschusses: Haushaltsplan 2007/2008, Verbesserung der Erhaltungssituation der Hamburger Hauptkirchen, Nachforderung von Haushaltssmitteln im Einzelplan 3.3.

[Bericht des Haushaltausschusses**über die Drucksache 18/6489:****Haushaltsplan 2007/2008****Verbesserung der Erhaltungssituation der Hamburger Hauptkirchen
Nachforderung von Haushaltssmitteln im Einzelplan 3.3 (Senatsantrag)**

– Drs. 18/6884 –]

Wer möchte der Empfehlung des Haushaltausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

*Siehe Anlage Seite 4796

- A Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe.
– Enthaltungen? – Das ist einstimmig und damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 17 b, Drs. 18/7042, Bericht des Haushaltsausschusses, 1. Haushaltsplan 2007/2008, Sonderinvestitionsprogramm "Hamburg 2010", Sport auf dem Eis und Ballspiele: die Trainingsarena der "Alexander Otto Sportstiftung", Einzelplan 3.1 Behörde für Bildung und Sport, Kapitel 3380 Sportstätten, hier: a) Darstellung der Maßnahme, b) unentgeltliche Grundstücksüberlassung, c) Zuwendung an die "Alexander Otto Sportstiftung" und 2. Verkehrsinfrastruktur der Arenen am Volkspark, hier: Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens zu Drs. 18/2242.

[Bericht des Haushaltsausschusses

über die Drucksache 18/6616: 1.

Haushaltsplan 2007/2008

Sonderinvestitionsprogramm "Ham-

burg 2010" (SIP)

Sport auf dem Eis und Ballspiele: die

Trainingsarena der "Alexander Otto

Sportstiftung"

Einzelplan 3.1 Behörde für Bildung und

Sport, Kapitel 3380 Sportstätten

hier:

a) Darstellung der Maßnahme

b) unentgeltliche Grundstücksüberlas-

sung

c) Zuwendung an die "Alexander Otto

Sportstiftung" und 2. Verkehrsinfra-

struktur der Arenen am Volkspark

hier: Beantwortung des Bürgerschaftli-

chen Ersuchens zu Drucksache

18/2242

(Senatsantrag)

– Drs. 18/7042 –]

Die Abgeordneten Henning Finck, Robert Heinemann, Klaus-Peter Hesse und Dr. Andreas Mattner haben mir mitgeteilt, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werden.

Wer möchte nun der Empfehlung des Haushaltsausschusses folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe.
– Enthaltungen? – Das ist einstimmig und damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 26, Drs. 18/6964, Antrag der CDU-Fraktion: Verwendung der Restmittel aus der Tronc-Abgabe des Jahres 2006, Haushaltsplan 2007, Titel 9500.971.01.

[Antrag der Fraktion der CDU:
Verwendung der Restmittel aus der
Tronc-Abgabe des Jahres 2006
Haushaltsplan 2007
Titel 9500.971.01
– Drs. 18/6964 –]

Wer möchte den Antrag annehmen? – Gegenprobe.
– Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei einigen Enthaltungen so beschlossen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
– Das ist nicht der Fall.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe.

– Enthaltungen? – Das ist bei einigen Enthaltungen einstimmig so beschlossen. Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Schluss: 17.57 Uhr

B

D

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Thomas Böwer, Hans-Christoff Dees, Hartmut Engels, Dr. Andrea Hilgers, Dr. Natalie Hochheim, Thilo Kleibauer, Lutz Kretschmann-Johannsen, Dittmar Lemke und Aydan Özoguz.

Anlage

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 26. und 27. September 2007

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs.-Nr.	Gegenstand
8	6901	Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 12. April 2006 "Wohnmobilplätze für Hamburg" – Drs. 18/3982 –
10	6909	Fußball-WM-Sause auf dem Heiligengeistfeld – Public Viewing und Fan-Fest zur Fußball-EM 2008 Bürgerschaftliches Ersuchen Drs. 18/5063
11	6910	Kooperative Schulen für Hamburg – Ausweitung eines Erfolgsmodells Bürgerschaftliches Ersuchen Drs. 18/2210
12	6960	Bericht der Senatskanzlei im Zusammenhang mit dem bürgerschaftlichen Ersuchen vom 25. Februar 2004 "Vermeidung von Interessenkollisionen – über Unternehmensbeteiligungen sowie ehrenamtliche und berufliche Tätigkeiten" - hier: Erklärung gemäß Artikel 40 der Hamburgischen Verfassung
13	6981	16. Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) vom 27. – 28. August 2007 in Berlin
17	6886	Bericht des Haushaltsausschusses
19	6944	Bericht des Wirtschaftsausschusses
20	6945	Bericht des Wirtschaftsausschusses
22	6928	Bericht des Stadtentwicklungsausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussempfehlung

TOP	Drs.-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
21	6946	Wirtschaftsausschuss	- Keine Rundfunkgebühren auf Internet-PCs und Handys – Hamburg tritt für eine Aussetzung der Regelung im Rundfunkstaatsvertrag ein - GEZ-Gebühren